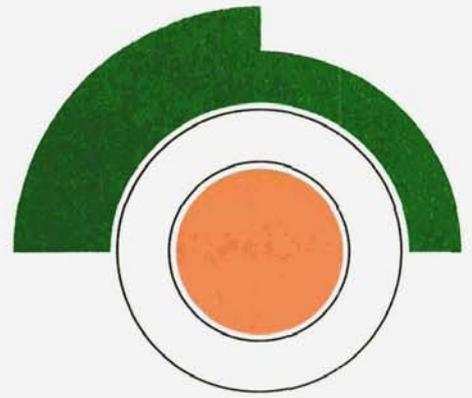


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 11



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 1.7.1997

## WORT UND WIDERWORT

### Sollen sich die Hochschulen ihre Studenten aussuchen können?

Die SPD-Fraktion begrüßt die von Wissenschaftsministerin Anke Brunn erteilte klare Absage gegenüber den Forderungen der Union nach einem Studentenauswahlrecht der Hochschulen. In der Tat handele es sich bei der Forderung nach einem solchen Auswahlrecht um Auslesephantasien der Neo-Konservativen in der Bundesrepublik von heute: Entscheidend sei danach das Portemonnaie der Eltern. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dietrich Kessel**. Der CDU-Abgeordnete **Manfred Kuhmichel** ist der Auffassung, daß eine Experimentierklausel eingeführt werden sollte, die die Hochschulen in die Lage versetze, die Studieneingangsvoraussetzungen zu erweitern. Damit könnte die Hochschule neben dem Abitur zum Beispiel die Belegung bestimmter Fächer, Mindestnoten, Tests oder studienbezogene Essays als Eingangsvoraussetzung für einen bestimmten Studiengang festlegen. Die GRÜNE-Abgeordnete **Ingrid Fitzek** betont, die Hochschulen seien kein privater Verein, der sich seine Mitglieder nach ihm gemäßen Kriterien aussuchen könne. Man wolle keine Eingangs- und Eignungstests an den Hochschulen oder hochschulspezifische Auswahlgespräche. Chancengleichheit heiße, daß die Eintrittskarte für die Hochschule grundsätzlich nach transparenten und gleichen Kriterien erworben werden könne. (Seite 2)

### Bosnien: NRW hält an freiwilliger Rückkehr fest

## Hilfen besseres Instrument als Zwang

Auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion hat sich der Landtag am 26. Juni im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Freiwillige Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen – Keine Abschiebung in Krisenregionen“ befaßt.

Jamal Karsli (GRÜNE) unterstrich die behutsame Politik der freiwilligen Rückkehr, die das Land verfolge. Dennoch gebe es für die Betroffenen immer noch ein großes Maß an Unsicherheit. Die wäre abzubauen, wenn klare Regelungen für die Betroffenen geschaffen würden.

Für die SPD erklärte Edgar Moron, nach wie vor gelte der Grundsatz, daß die Bürgerkriegsflüchtlinge nach Ende des Bürgerkriegs zurückkehren müssen. Als richtig anerkannt und von anderen Ländern nachgemacht werde die in NRW vertretene Linie, die freiwillige Rückkehr durch Hilfen zu unterstützen.

Theodor Kruse (CDU) lobte die Gemeinsamkeit zwischen SPD und CDU; die Aktuelle Stunde sei überflüssig. Neben die Hilfen bei der freiwilligen Rückkehr müsse die Entschlossenheit bei der zwangsweisen Rückführung treten, sonst versuchten viele Flüchtlinge, auf Dauer hier zu bleiben. Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) er-

klärte, das Land bleibe bei der Politik der Förderung der freiwilligen Rückkehr. Wenn bisher nur 20 Bürgerkriegsflüchtlinge aus NRW zwangsweise abgeschoben wurden, 10 000 aber freiwillig zurückgekehrt seien, dann verstehe er die Aufregung der Diskussion nicht. Das Land betreibe weiter illusionslose, am humanen Maßstab orientierte Flüchtlingspolitik.

## Die Woche im Landtag

### Nachtragshaushalt

Der Landtag hat in dritter Lesung das Nachtragshaushaltsgesetz 1997 verabschiedet. In zweiter Lesung war eine Beratung vorangegangen. (Seite 3)

### Lokalfunk

In den vergangenen sieben Jahren ist eine vielfältige Lokalfunklandschaft an Rhein und Ruhr entstanden. (Seite 8)

### Mobilität

Die Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ hat sich konstituiert, um die Lösung drängender Verkehrsprobleme zu erarbeiten. (Seite 13)

### Risikokapital

Alle Fraktionen befürworten im Wirtschaftsausschuß die Gründung eines Beteiligungskapitalfonds. (Seite 13)

### Hochschulen

Die Hochschulen des Landes werden mit 40 Millionen Mark an der globalen Minderausgabe des Nachtragshaushalts beteiligt. (Seite 14)

### Siebenbürgen

Feierstunde im Landtag: Vor vierzig Jahren hat das Land NRW die Patenschaft für die Siebenbürger Sachsen übernommen. (Seite 24)



Löchriges Deutschland

Zeichnung: Waldemar Mandzel (WAZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Hochschulen sollen Studierende als Kunden begreifen

Von  
Dietrich Kessel

Mit der im Wissenschaftsausschuß des Landtags am 5. 9. 1996 erfolgten Ablehnung des Antrags der CDU-Fraktion „Neuordnung des Hochschulzugangs jetzt einleiten“ haben die Koalitionsfraktionen klargestellt, daß für sie zusätzlich zum Abitur Zulassungs- und Auswahlverfahren an den Hochschulen nicht in Betracht kommen. Bei der zuvor seitens des Wissenschafts- und des Schulausschusses zur Neugestaltung der Übergangphase von der Schule zur Hochschule am 17. 4. 1996 durchgeführten Anhörung ließen selbst die von der CDU benannten Gutachter die CDU im Regen stehen. In die Klagen über die angeblich mangelnde Studierfähigkeit vieler Studentinnen und Studenten mochte die Mehrheit der Gutachter nicht einstimmen. Wer die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschweigt, die die Mehrzahl der Studierenden zur Erwerbstätigkeit auch während des Semesters zwingt, und wer die Verantwortung der Bundesregierung für die BAföG-Misere und die ungenügende Ausstattung der Hochschulbaumittel leugnet, will mit seinen Vorwürfen an die Studierenden die Verantwortung auf die Schwächsten abladen.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die von Wissenschaftsministerin Anke Brunn auch anlässlich des

### **SPD: Auslesephantasien ist klare Absage erteilt worden**

am 18. 4. 1997 in Düsseldorf erfolgten Treffens der Hochschulpolitischen Sprecher/innen der SPD-Fraktionen von Bundestag und Landtagen erteilte klare Absage gegenüber den Forderungen der Union nach einem Studenten-Auswahlrecht der Hochschulen und ihre damit verbundene Feststellung, einer HRG-Gesetzesnovelle zur Erschwerung des Hochschulzugangs werde nicht zugestimmt.

In der Tat handelt es sich bei der Forderung nach einem Studenten-Auswahlrecht der Hochschulen um Auslesephantasien der Neokonservativen in der Bundesrepublik von heute: Entscheidend ist danach das Portemonnaie der Eltern. Laut dpa vom 29. 7. 1996 hat der Landeselternbeirat des Landes Baden-Württemberg zum Auswahlrecht der Hochschulen geltend gemacht, es bestehe die Gefahr, daß dann persönliche Bindungen und Beziehungen und „damit im Einzelfall nicht nachprüfbare Gründe für den Zugang zum Studium entscheidend sein können“. Das Auswahlkriterium des Auswahlgesprächs ist rechtspolitisch fragwürdig und auch verfassungsrechtlich nicht völlig unbedenklich, weil es zumindest in nicht unerheblichem Umfang Raum für die Heranziehung subjektiv gefärbter und daher unsachgerechter und ungleicher Entscheidungskriterien läßt (vgl. Brocker in „Recht und Politik“, Heft 3/96, S. 169). Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW – hat am 6. 12. 1996, mit Recht darauf hingewiesen, daß für solche Auswahlgespräche Tausende Arbeitsstunden von Professoren und Dozenten vergeudet würden, die sinnvoll für die Betreuung und Einführung der Studienanfänger/innen eingesetzt werden könnten. Bleibt hinzuzufügen, die Hochschulen sollten lernen, die Studierenden als ihre Kunden zu begreifen, und sie umwerben anstatt auszuwählen.

Von  
Manfred Kuhmichel

Das Hochschulsystem Nordrhein-Westfalens befindet sich in der Krise. Für die heutige Situation ist eine massive Überfüllung in vielen Fachbereichen der Universitäten und Fachhochschulen kennzeichnend, verbunden mit einer Verschlechterung der Betreuungsrelation, bundesweiten Zugangsbeschränkungen, weiter steigenden Studentenzahlen bei gleichzeitig stagnierenden Hochschulabschlüssen sowie hohen Abbrecherquoten und langen Studienzeiten.

Um das Hochschulsystem aus der Krise zu führen, muß eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen werden. Die Ausweitung von Zugangsbeschränkungen ist allerdings kein Beitrag zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Hochschulsystems.

Was die Frage „Sollen sich die Hochschulen ihre Studenten aussuchen können?“ angeht, so ist die CDU-Landtagsfraktion der Meinung, daß eine Experimentierklausel eingeführt werden sollte, die die Hochschulen in die Lage versetzt, die Studieneingangsvoraussetzungen zu erweitern. Damit könnte die Hochschule neben dem Abitur z.B. die Belegung bestimmter Fächer, Mindestnoten,

### **CDU: Hochschule muß eigenes Profil stärken**

Tests oder studienbezogene Essays als Eingangsvoraussetzung für einen bestimmten Studiengang festlegen. Damit stärkt die Hochschule ihr eigenes Profil und tritt in einen Wettbewerb um Studierende ein.

So können sich nicht nur die Hochschulen stärker ihre Studierenden aussuchen, sondern die Studierenden können sich auch stärker um die Hochschule bemühen, deren Profil ihren Wünschen und Neigungen am ehesten entgegenkommt. Daneben müssen noch weitere wichtige Maßnahmen zur Reform des Hochschulzugangs durchgeführt werden. So muß das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung so reformiert werden, daß es auch die Voraussetzung zur Studierfähigkeit schafft. Die gymnasiale Oberstufe sollte mit einem Abitur enden, das die Allgemeinbildung durch die verstärkte und verpflichtende Belegung von Kernfächern sichert. Daneben setzt Studierfähigkeit noch das echte Interesse am Studienfach voraus – etwas, das nicht mit dem Abitur überprüft werden kann, sondern erst in der Studieneingangsphase sichtbar wird. In dieser Phase müssen deshalb die Orientierungshilfen deutlich verstärkt werden. Es muß ein differenziertes, übersichtliches, kompetentes und attraktives Angebot an Hilfen und Beratung geschaffen werden, wozu auch obligatorische Einführungskurse und eine engere Verzahnung von Schule und Hochschule gehören.

Eine solche Neuordnung des Hochschulzugangs wird dazu beitragen, unser Hochschulsystem aus der Krise zu führen und die internationale Konkurrenzfähigkeit wieder herzustellen.

Von  
Ingrid Fitzek

Die Hochschulen sind das letzte Element unseres stufig gegliederten Bildungssystems, das junge Menschen Etappe für Etappe bis zum Hochschulabschluß führt. Die schulische Ausbildung und die Erlangung der Hochschulreife sind über einen komplexen Prozeß aufeinander abgestimmt, der die Vergleichbarkeit des Ausbildungsniveaus zwischen den Bundesländern garantiert. Nach unserem Verständnis haben die Hochschulen als gesellschaftliche Einrichtungen die Aufgabe und Pflicht, studierwillige Menschen, die die Zugangsvoraussetzungen erfüllen, auszubilden. Sie sind kein privater Verein, der sich seine Mitglieder nach ihm gemäßen Kriterien aussuchen kann. Wir wollen keine Eingangs- und Eignungstests an den Hochschulen oder hochschulspezifische Auswahlgespräche. Chancengleichheit heißt, daß die Eintrittskarte für die Hochschule grundsätzlich nach

### **GRÜNE: Chancengleichheit könnte untergraben werden**

transparenten und gleichen Kriterien erworben werden kann.

Wir sind allerdings der Meinung, daß über Abitur und Fachabitur hinaus berufliche Qualifikationen mehr als bisher als Zugangsvoraussetzung gelten sollen. Bei der geplanten Novellierung der Hochschulgesetze wollen wir deshalb die Studienmöglichkeiten für Berufserfahrene ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung ausbauen.

Wir sehen die wachsende Studierwilligkeit als positives Zeichen und teilen die Auffassung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, daß eine zukunftsorientierte Gesellschaft zunehmend mehr Menschen mit Hochschulbildung braucht. Es ist falsch, daß es zu viel Studierende gibt! Vielmehr hat der Hochschulausbau mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Der Bund vernachlässigt diese Aufgabe schon seit Jahren!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen keine Notwendigkeit zur Neuregelung des Hochschulzugangs und keinen hochschulpolitischen Vorteil darin, wenn die Hochschulen ihre Studierenden selbst aussuchen können. Wir sehen aber die Gefahr, daß ein Moment von Chancengleichheit untergraben wird und unnötige zusätzliche Bürokratie an den Hochschulen entsteht.

## Landtag verabschiedete mit Stimmen der Koalition Nachtragshaushalt 1997

# Weg frei für Privatisierung des Flughafens Düsseldorf

Der Landtag hat am Freitag, 27. Juni, den Nachtragshaushalt 1997 in der vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossenen Fassung mit den Stimmen der Koalition von SPD und GRÜNEN gegen die CDU-Opposition verabschiedet. Durch die Korrektur des Etats sinken die Ausgaben des Landes in diesem Jahr um 1,8 Milliarden auf 88,7 Milliarden Mark. Mit dem Nachtragshaushalt machte das Landesparlament auch den Weg für die Privatisierung des Flughafens Düsseldorf frei (Drs. 12/2100, 2130 und 2170).

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) erklärte, der Nachtragshaushalt sei zum erstenmal eine Dokumentation des Versagens des Finanzministers Schleißer. Die CDU habe vor einem halben Jahr hier festgestellt, der Haushalt 1997 sei nicht beratungsfähig. Der Finanzminister liege bei der Einschätzung der Steuereinnahmen schwer daneben. Der Haushalt sei schön gerechnet mit realitätsfernen Ansätzen. Das sei damals schon im November 1996 die Botschaft der CDU gewesen. Nun müsse der Schönrechner Schleißer alle seine Ansätze von damals korrigieren. Inzwischen sei ihm natürlich die Zeit davongelaufen. Linssen sagte: „Wir stellen für die CDU fest: Herr Finanzminister, Sie haben den Konsolidierungskurs, den Sie den Bürgern dieses Landes nach der Wahl und vor der Wahl versprochen haben, absolut verlassen.“ Ferner verkaufe er Tafelsilber des Landes für Konsumausgaben. Die 300 Millionen Mark, die er aus Landesvermögen habe erlösen wollen, hätte er in strukturwirksame Investitionen stecken müssen. Der Oppositionsführer erwähnte den Flughafen. Erst hätten die GRÜNEN gewollt, dann hätten sie nicht gekonnt. Im Umgang mit Minister Clement versuchten die GRÜNEN in letzter Zeit zu machen, was sie wollten. Sie tanzten ihm auf der Nase herum. Das gehe so weit, daß die Kabinettskollegin Höhn Herrn Clement und seinen Beamten bei zeitgerechter Zulassung des Rahmenbetriebsplanes von Garzweiler II vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzung unterstelle und persönliche Schadensersatzverpflichtungen androhe. Auf diese Weise übe sie auf den Wirtschaftsminister und seine Beamten eine Art Psychoterror aus.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, sagte, man berate in einer ernststen ökonomisch-sozialen Krisensituation einen Nachtragshaushalt des Landes NRW, der sich entgegen der sonstigen Übung nicht damit beschäftige, Mehrausgaben, die unabweisbar seien, parlamentarisch zu behandeln und abzusegnen, sondern der „von uns“ nicht verschuldete gravierende Mindereinnahmen ausgleichen müsse. Das sei ein neues Datum nicht nur in der Landesgeschichte, sondern kennzeichne mittlerweile die fatalen Ergebnisse dieser Bonner Koali-



Aussprache zum Nachtrag: v.l. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen, GRÜNE-Fraktionssprecher Roland Appel und Finanzminister Heinz Schleißer (SPD).

Fotos: Schälte

tion, was die Bewegungsfreiheit der öffentlichen Haushalte betreffe. Die Steuerschätzung vom 15. Mai 1997 habe für Bund, Länder und Gemeinden Steuerausfälle von 118 Milliarden Mark bis zum Jahr 2000 aufgedeckt. Gerade der Finanzminister habe auf diese dramatische Entwicklung seit vielen, vielen Jahren hingewiesen. Diese dramatische Steuerschätzung bestätige: Die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung unter dem Kanzler Kohl habe Deutschland in die schwerste ökonomisch-soziale und Finanzkrise der Geschichte geführt. Von dieser Tatsache versuche natürlich die CDU im Landtag abzulenken. Aber die Menschen im Lande seien klüger, „als Sie das hier wahrhaben wollen“. Deutlich sagte Matthiesen: „Die Bonner Koalition ist mit ihrem Latein am Ende.“ Des weiteren wies er darauf hin, um die Schuldenaufnahme konstant zu halten, werde NRW weitere 500 Millionen Mark durch den Verkauf von Landesvermögen mobilisieren.

**Roland Appel** (GRÜNE) machte deutlich, daß sich die Finanzlöcher der kommenden Haushalte der Länder weiter steigern werden: Auf 13 Milliarden im kommenden und 16 Milliarden im Jahr 1999; für das Land würde das eine Deckungslücke von bis zu 3,2 Milliarden 1998 bedeuten. Wenn die CDU dann immer sage, der Staat müsse sparen, weil kein Geld da sei, dann stimme das nicht. Denn Bund, Länder und Gemeinden führen ihre Transferleistungen für die sozial Schwachen zurück, „weil das Geld in den falschen privaten Händen aufgehäuft ist“. Er fuhr fort: „Die gegenwärtige Krise der Haushalte von Bund und Ländern, die uns mit 1,7 Milliarden Mark trifft, ist die direkte Folge der Stümperei eines Bundesfinanzministers, der immer wieder verspricht, daß die Haushalte konsolidiert und Steuern gesenkt werden und anschließend von Haushaltsloch zu Haushaltsloch stolpert.“ Die Befreiung von der „bleiernen“ Regierungszeit des Kanzlers Kohl sei das einzig aussichtsreiche Mittel, um die öffentlichen Haushalte wieder konsolidierbar zu machen: „Wir müssen eine Einkommenssteuerreform durchführen, wir müssen ökologisches Wirtschaften belohnen und unökologisches Wirtschaften besteuern, wir müssen ehrliche Verhältnisse über die wirklichen Kosten der Deutschen Einheit herstellen, und wir müssen die Lohnnebenkosten und die Sozialkassen endlich entlasten.“ Dieser Nachtragshaushalt sei nach Kohlen-

krise und der Krise um die feindliche Übernahme von Thyssen durch Krupp die dritte Krise, „die diese Koalition aller Unkenrufe und Anfeindungen zum Trotz gut hinter sich gebracht hat“. Die Koalition habe nicht leichten Herzens der Kürzung um 250 Millionen zu Lasten der Gemeinden zugestimmt, fuhr er fort, die Schließung von Schwimmbädern, Kultureinrichtungen und Jugendhäusern sei nur ein Vorspiel auf die noch kommenden Sparzwänge der Kommunen, denen — „wenn es nach den Plänen von Helmut Kohl und seiner Bundesregierung geht“ — im Jahr 1999 aufgrund der Bonner Steuerrechtsänderungen sage und schreibe 2,6 Milliarden Mark fehlen werden. Im Gegensatz zur Bonner „Konkurs-Kombo“ handle die Koalition, „die Landes-SPD unter Leitung von Johannes Rau gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berechenbar und im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Und nur darauf kommt es an.“

**Finanzminister Heinz Schleißer** (SPD) betonte das (im Gegensatz zu Bonn) unverzügliche Handeln der Landesregierung, die unmittelbar nach Bekanntwerden der jüngsten Steuerschätzung reagiert habe. Der Minister in Richtung Opposition: „Es wäre nicht schlecht, wenn Sie uns ähnliche Beispiele aus Bonn vorhalten könnten, in denen es genauso zügig und ohne Zeitverlust abgelaufen wäre.“ Auch er diagnostiziere auf der Bonner Bühne Chaos, die Bundesregierung bleibe im Finanzplanungsrat alle aktuellen Daten schuldig, „sie gibt den Ländern und Gemeinden auch für die Zukunft keine Basis an die Hand“. Das liege offenbar auch daran, daß es nicht mehr möglich sei, die Maastrichter Konvergenz-Kriterien einzuhalten, meinte der Finanzminister. Er berichtete, daß der Bundesfinanzminister „dem staunenden Finanzplanungsrat“ erklärt habe, er plane, die Mehrwertsteuer nicht um ein, sondern zwei Prozentpunkte anzuheben und wolle im Herbst dieses Jahres einen Nachtrag vorlegen, der Artikel 115 des Grundgesetzes aufheben solle und eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststelle, was dann die Koppelung der Investitionen an die Kreditaufnahme hinfällig werden lasse. Im übrigen sei im Planungsrat deutlich geworden, was aus der versprochenen Halbierung der Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2000 werde: Der Bundeswirtschaftsminister habe erklärt, er nehme an, daß im Jahr 2001 die Arbeitslosenzahl 3,7 Millionen betragen werde.

## Schuldenzuweisungen für Haushaltsprobleme bei 2. Lesung des Nachtragshaushaltes

### Ruf nach Erhalt des Sozialstaates und sozialer Gerechtigkeit

Die CDU-Opposition hielt bei der 2. Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997 am 25. Juni der Landesregierung die Flucht in die globalen Minderausgaben vor. Sie spare ferner zu Lasten der Investitionen. Von Sprecherinnen und Sprechern der Koalition von SPD und GRÜNEN wurde unterstrichen, daß die eigentlichen Versäumnisse nicht von der Landesregierung, sondern der Bundesregierung in Bonn zu vertreten seien. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) sprach von Steuergeldern, die von der Bundesregierung „in katastrophaler Weise“ verplempert worden seien. Der Gesetzentwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Opposition unverändert angenommen und auf Antrag der CDU einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß rücküberwiesen. Zuvor waren Änderungsanträge der Union zum Beteiligungskapitalfonds, zur Veräußerung der Landesbeteiligungen an Flughäfen (namentlich), zum Veräußerungsvorschlag der Landesbeteiligungen an Flughäfen sowie zur Erwirtschaftung globaler Minderausgaben mehrheitlich abgelehnt worden (Drs. 12/2100, 2130, 2187, 2188, 2189 und 2190).

**Herbert Reul** (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erinnerte daran, seine Fraktion habe bei den Beratungen zum Haushalt 1997 Ende letzten Jahres vorgebracht, daß der Finanzminister die Steuereinnahmen zu hoch angesetzt habe. Von einer Milliarde Mark sei die Rede gewesen. Man habe ihm prophezeit, daß er mit absoluter Sicherheit in dieses Hohe Haus wieder zurückkommen und „uns mit einem Nachtragshaushalt, mit Korrekturen oder Sperrvermerken erneut beglücken“ werde. „Und wir haben recht gehabt“, schloß Reul. Sechs Monate später habe der Finanzminister einen Nachtragshaushalt vorgelegt. Der CDU-Politiker kritisierte ferner „die Flucht in die globalen Minderausgaben“. 433 Millionen Mark seien es schon gewesen. Jetzt kämen 500 Millionen dazu. Das seien fast eine Milliarde globale Minderausgaben — nach dem Motto: Es müsse gespart werden, „aber wir wissen noch nicht genau, wo: irgendwo und nirgendwo. Das sei unkorrekt und unsolid. Der Finanzminister sei nicht zu sagen, wo konkret Sparmaßnahmen umgesetzt würden, denn er habe nicht die Kraft, sie auch politisch durchzusetzen. Im übrigen setze der Haushalt, der jetzt vorliege, Akzente an der falschen Stelle, weiße Problemlösungen aus.

**Ernst-Martin Walsken** (SPD) meinte, die CDU stelle nach wie vor die Behauptung auf, daß sich der Finanzminister um eine Milliarde Mark verschätzt habe. „Sie sind Opfer Ihrer eigenen Propaganda und nehmen die Realität nicht zur Kenntnis“, folgerte der SPD-Abgeordnete. Die Steuerschätzung, die man im November gehabt habe, habe erge-



Sprachen in der ersten Runde der Debatte über den Nachtragshaushalt: v.l. Herbert Reul (CDU), Ernst-Martin Walsken (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD). Fotos: Schälte

ben, daß der Finanzminister genau richtig geschätzt hatte, daß sich bei bestimmten Steuerarten Unterschiede ergeben hätten. Es sei damals eindeutig festgestellt worden, daß in der Summe der Steuereinnahmen zwischen dem, was man im Haushalt habe stehen gehabt und dem, was die Steuerschätzung ergeben habe, keine Differenz hatte. Diese Tatsache nehme der Kollege Reul heute noch nicht zur Kenntnis. Die CDU ärgere es natürlich maßlos, daß man in NRW unmittelbar nach der Steuerschätzung einen Nachtragshaushalt auf die Beine gestellt habe, daß es die Landesregierung geschafft habe, die schwierigen Enden zusammenzubinden und 1,8 Milliarden Mark an Ausgaben zu streichen, zu reduzieren.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE), betonte, die Wahrheit sei, daß die Verursacher des Haushaltsloches und die Verursacher der Operation „Nachtragshaushalt“, „die für uns sicher schmerzhaft ist“, in der Bundesregierung säßen. Steuersenkungen, Steuerstreichungen, Abschreibungserleichterungen für die wirklich Reichen und die Unternehmen hätten zu einer Entleerung oder besser: Plünderung der öffentlichen Kassen, auch des Landeshaushalts, geführt. Hinzu kämen die Massenerwerbslosigkeit und die damit verbundenen Mindereinnahmen. Sie schloß in Richtung CDU: „Das können Sie hier nicht darstellen, weil Sie dann zugeben müßten, daß schwerwiegende Versäumnisse bei Ihrer Partei in Bonn liegen und nicht von der Landesregierung zu vertreten sind.“ Zur „bildungspolitischen Kampagne“ der CDU sagte Frau Schumann, eine Partei, die den neunstündigen Berufsschulalltag für alle Berufsschülerinnen und -schüler fordere, weil es die Arbeitgeber so wollten, habe keine bildungspolitischen Qualitätskriterien. Die CDU proklamiere in Beziehung auf die Schule das, was in den 50er Jahren gegolten habe, und erkläre, daß es auch heute noch richtig sei.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) unterstrich, das Schulleben in Nordrhein-Westfalen sei lebendig. Es sei auch sehr unterschiedlich und sehr differenziert zu betrachten, und es sei eine Menge in Bewegung. Der CDU hielt sie vor, wer die Augen zumache und, je unangenehmer einem die Widerlegung der eigenen Vorurteile werden könnte, sie um so fester verschließe, entferne sich

immer weiter von dem, was tatsächlich im Lande passiere. Er werde auch immer weniger mit dem ernstgenommen, was er anspreche. Sie freue sich darüber, daß die Landesregierung durch den Nachtragshaushalt, aber auch durch andere Entscheidungen deutlich gemacht habe, daß Bildung, Ausbildung und Qualifizierung höchste Priorität im Landeshaushalt hätten. Zur Berufsschule sagte die Ministerin, sie sei gerne bereit, allen, auch ihrem Kollegen Dr. Rüttgers von der Bundesebene, Besuche in berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen zu vermitteln. Offensichtlich sei das notwendig. Der CDU schlug sie vor, die Diskussionen wenigstens einmal mit den Berufsschullehrern „mit Ihrem eigenen Parteibuch“ zu führen.

### Zweite Runde

**Hermann-Josef Arentz** (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, kritisierte, die im Haushalt des Arbeitsministers geplanten Kürzungen von 270 Millionen Mark brächten eine Menge neuer Unsicherheiten für die Träger der sozialen Arbeit im Lande. Diese Summe entspreche 4,5 Prozent des gesamten Haushalts. Da vieles schon festgelegt und fest zugesagt sei, seien bei den freiwilligen Leistungen Einschnitte von bis zu 20 Prozent zu befürchten. Wenn die Bundesregierung auf diesen von ihm genannten Gebieten zu kürzen wäge, dann gäbe es einen „Hexensabbat“, erklärte der Sprecher. Der Minister solle sagen, wo er konkret die Bewirtschaftungsmaßnahmen ansetzen wolle, sonst sei dies ein unmöglicher Umgang mit dem Parlament. Der CDU sei es aufgrund des Verhaltens der Koalitionsfractionen im zuständigen Ausschuß nicht gelungen, „Licht in das Dunkel des Sozialhaushalts zu bringen“, beklagte er und wertete dies als weiteres Indiz für „den Bankrott der Sozial-, Jugend-, Familien- und Gesellschaftspolitik dieser Landesregierung“. Aber die „gravierendste Fehlentscheidung“ sei die Ernennung Horstmanns zum Sozialminister des Landes gewesen.

**Wolfram Kuschke** (SPD) erwiderte, Sozialpolitik in schwierigen Zeiten müsse eindeutige Maßstäbe haben, „einer davon ist die soziale Gerechtigkeit“. Es gehe um die Frage, ob der Sozialstaat erhalten werden solle;

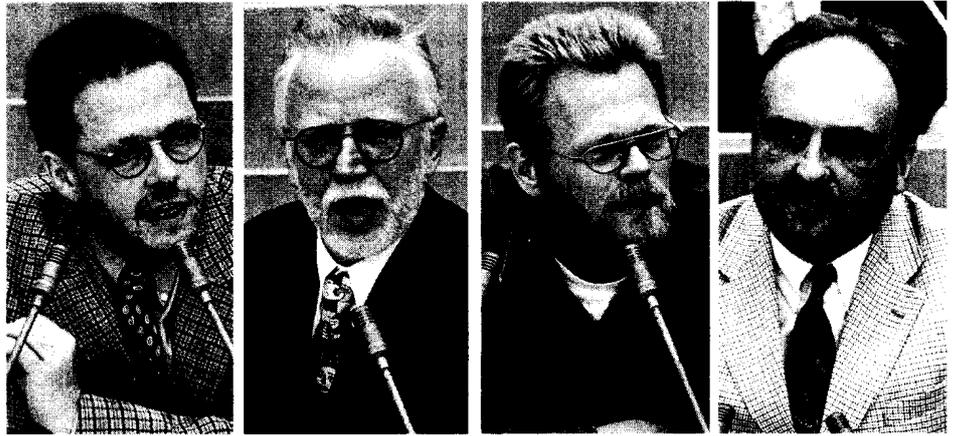
„das, was wir in den vergangenen Jahren auf der Seite der Bundesregierung erlebt haben, war nun in keinster Weise dazu angetan, bei den Menschen mehr Vertrauen in diesen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erwecken“. Der Sprecher nannte Beispiele und fuhr fort: „Sie sind, Herr Kollege Arentz – auch dort sind Sie ja Mittäter –, im Bereich der Rentenversicherung wieder auf einem üblen Wege. Sie wollen Tausenden von Rentnerinnen und Rentnern um das bringen, was sie mühsam erarbeitet haben.“ Wenn dann der Vorwurf erhoben werde, die Düsseldorfer Koalition gehe in der Sozialpolitik unsozial vor, dann spottete das jeder Beschreibung und falle auf die CDU zurück. Angesichts der Fehlentwicklungen, die nicht das Land, sondern die Bundesregierung zu verantworten habe, müsse ein Nachtragshaushalt eingebracht werden, der in der Lage sei, weiterhin sozialen Kurs zu halten und den Menschen im Lande auch weiterhin soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) hielt es für eine nicht zu überbietende Absurdität, daß sich der sozialpolitische Sprecher der Union als Verteidiger der sozialen Belange gegen Rot/Grün vorstellt. Die Koalitionsfraktionen hätten von der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht, um das „Hänneschen-Theater“, das die CDU dort im Ausschuß aufgeführt habe, zu beenden und den Fortgang geordneter Haushaltsberatungen sicherzustellen. Die Diskussion über einen Nachtragshaushalt von etwa einer halben Milliarde sei sicherlich keine „vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung“. Aber es sei immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Verantwortlichen für diese Operation am Kabinetttisch in Bonn sitzen. Sie schröpften systematisch die Schwachen, „um die Starken zu mästen, die unseren Sozialstaat kaputtsparen, die öffentlichen Haushalte ausbluten, die Staatsverschuldung in die Höhe treiben, um die Akkumulation privaten Reichtums bei Konzernen, Banken und Vermögensbesitzern zu fördern“.

**Sozialminister Dr. Axel Horstmann** (SPD) urteilte, der Arentz-Vortrag habe weder etwas mit der Wahrheit noch mit dem Nachtragshaushalt 1997 zu tun. Hier haue einer aus Frust auf die Pauke, der stets die Bonner Beschlüsse zu verteidigen genötigt sei. Im übrigen erkläre er: „Keine Zuwendungsempfänger werden in Nordrhein-Westfalen um ihre Förderungen fürchten müssen.“ Im Vergleich zu tilscharfen Kürzungen sei die globale Minderausgabe vorzuziehen, denn sie stelle sicher, daß der Haushalt in seinem Volumen so weitgehend wie möglich ausgelastet werden könne. So bleibe ihm die Möglichkeit, die bewilligungs- und veranschlagungsbedingten Reste in einzelnen Haushaltstiteln zusammenzufassen und dem Finanzminister als globale Minderausgabe zur Verfügung zu stellen: „An Kürzungen ist nicht gedacht, Herr Kollege Arentz.“ So bleibe der CDU nichts anderes übrig als der Versuch, die Öffentlichkeit zu täuschen. Er sei guten Mutes, daß es bei der bisherigen Rollenverteilung im Lande bleibe: „Wir regieren, Sie opponieren, wie immer Sie das wollen.“

## Dritte Runde

**Laurenz Meyer** (CDU) erklärte, eigentlich begrüße seine Fraktion diesen Nachtrags-



Bei Menschen Vertrauen in demokratischen und sozialen Rechtsstaat erwecken: v.l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE) sowie Arbeits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD).  
Fotos: Schälte

haushalt, weil er endlich Klarheit über die Unterschiede zwischen Opposition und der Regierungskoalition schaffe, „über das, was wir wollen, und das, was Sie machen“. Die SPD stehe dafür in der Verantwortung und nicht die GRÜNEN oder wer auch immer. Die SPD müsse als federführende Partei in dieser Koalition dafür geradestehen, „was Sie hier für einen Unfug für Arbeitsplätze und für Existenzgründer, für Verkehr und für Arbeitsplätze in der Baubranche anrichten“. „Das ist grundfalsch, was hier stattfindet“, schloß der Abgeordnete. Der Wirtschaftsminister stehe mitten auf diesem ganzen Karussell an nicht eingehaltenen Versprechungen und Reden draußen bei IHK und Handwerkskammern. Minister Clement müsse sich einmal vorrechnen lassen: NRW sein inzwischen nach dem Vorzeigepolitiker Lafontaine im Saarland das schlechteste Land, was die Investitionsquote angehe. Meyer fragte Clement weiter, wo dessen Aufschrei bei dem bleibe, was die Frau Höhn in Sachen Garzweiler II veranstalte. Wer habe sie beauftragt, diese neuen Gutachten in Auftrag zu geben. Wer stelle ihr eigentlich für so etwas das Geld zur Verfügung? fragte der Politiker.

**Bodo Hombach** (SPD) erinnerte daran, daß sich seit der Deutschen Einheit das Steueraufkommen in NRW positiv entwickelt habe, während es in weiteren Ländern stagniere – in Bayern zum Beispiel – und in anderen Ländern rückläufig sei. Man sei teilweise in der Situation, „daß wir aufgrund des Strukturwandels, den wir schon geschafft haben, im Prozeß der Erholung der Wirtschaft weiter sind als andere, und wir werden immer stärker Nettozahler im Länderfinanzausgleich“, folgerte der Abgeordnete. Das könne nicht Folge verfehlter Strukturpolitik oder Entwicklung sein. „Ganz im Gegenteil, das ist auch für Sie ganz gewiß ein gutes Zeichen“, wandte er sich an die CDU. Generell erläuterte Hombach, die Wirtschaft erwarte nichts so sehr wie eine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik. Der Nachtragshaushalt sei wirtschaftspolitisch vernünftig. Er habe eine vernünftige Balance zwischen wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten gehalten und er sei vor allem Dingen nicht zugunsten unterschiedlicher Begehrlichkeiten bei konsumtiven Ausgaben aufgedrösel worden. Die Kehrseite sei: Man habe in diesem Haushalt keine Schwerpunkte setzen können, „weil wir an ihm nicht modelliert haben“.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) führte aus, die von Theo Waigel produzierten Steuerlöcher stellten den Etat des Wirtschaftsministers vor ganz besondere Probleme. Hier finde sich der größte Teil der gesetzlich ungebundenen Ausgaben. Entsprechend müsse das Wirtschaftsministerium auch den größten Beitrag zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe leisten. Mit mehr als nunmehr 162 Millionen Mark liege das Wirtschaftsministerium noch vor dem Arbeitsministerium. Eine globale Minderausgabe in dieser Größenordnung lasse sich nicht mehr nur durch Restbewirtschaftung umsetzen. Hier gehe es ans Eingemachte, an vorhandene Programme und um Prioritätensetzung in materieller Politik. Schwierigkeiten ergäben sich auch für das Parlament. Die Steuerkompetenz des Haushaltsgesetzgebers werde mit globalen Minderausgaben in dieser Größenordnung auf Dauer ernsthaft beeinträchtigt. Aber es mache allerdings schon einen Unterschied, ob ein Haushalt bereits bei der Aufstellung eine globale Minderausgabe enthalte oder ob Bonn nach Aufstellung des Haushalts und der ihm zugrundeliegenden Steuerschätzung neue Haushaltslöcher verschuldet habe. Es gehe um die Frage, ob es zulässig sei, vor dem letztgenannten Hintergrund mittels eines Nachtrags 500 Millionen Mark einzusparen.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) meinte, es gehe nicht, daß man außerhalb des Parlaments in aller Ruhe und Vernunft spreche, hier aber den Eindruck erwecke, man habe die Welt völlig neu zu erfinden und die Opposition könne mit einer Art Rundumschlag alles umlegen, was ihr in die Quere komme. „Sie wenden eine Sprache und eine Argumentation an, die so weit außerhalb aller politischen Kultur ist, das ich das nicht für verantwortlich halte“, hielt Clement fest. Er folgerte: „Sie schlagen hier auf eine Landesregierung ein, die einen Nachtragshaushalt einbringen und Kürzungen vornehmen muß – selbstverständlich –, ohne auch nur mit einem Halbsatz anzudeuten, daß das mit der gesamten wirtschaftlichen Situation, mit der höchsten Abgabenbelastung in Deutschland, mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland und mit der katastrophalsten Wirtschaftspolitik, die Deutschland je gehabt hat, zusammenhängt.“ Die Opposition rede von Steuergeld, das von Ihrer Bundesregierung in katastrophaler Weise verplempert worden sei. Seinem CDU-Vorredner hielt der

Minister vor: „Sie sind in Bonn absolut pleite. Sie führen diesen Staat in die Katastrophe und fahren ihn richtig an die Wand. Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen: Mehr Geld vom Staat! Diese Weltbilder, die Sie mit sich herumtragen, sind doch absurd.“ Clement äußerte Zuversicht, privates Kapital mobilisieren zu können. Zur Meistergründungsprämie sagte er, jeder Antrag, der auf eine solche Prämie gestellt werde, könne „von uns“ positiv beantwortet werden. Zur Haushaltssperre fügte er an, sie werde enden, wenn dieser Haushalt durch das Parlament verabschiedet sei.

## Vierte Runde

**Albert Leifert** (CDU) nannte den Nachtrag zum laufenden Gemeindefinanzierungsgesetz eine „einmalige, traurige Premiere“. Für das erste Nachtragsgemeindefinanzierungsgesetz gebe es plausible Gründe, fuhr er fort: Ohne es wären weitere Einsparungen im Landeshaushalt nötig gewesen, auf die sich Rot und Grün vermutlich nicht einigen konnten; zum anderen nutze der Finanzminister die Gunst der Stunde, die Schlüsselzuweisungen abzusenken, um dann auf diesen reduzierten Betrag die im Referentenentwurf vorgesehenen drei Prozent aufzustocken. Leifert: „Durch den Nachtrag werden die Schlüsselzuweisungen stärker abgesenkt als die Landesausgaben insgesamt.“ Auf die Koalition sei in dieser Sache kein Verlaß; klammheimlich versuche sie, ihre Versprechen zu unterlaufen, obwohl eine Absenkung in dieser Höhe überhaupt nicht notwendig sei. Außerdem sei es total kommunalunfreundlich, zu kürzen und gleichzeitig den Gemeinden zusätzliche Landesaufgaben zu übertragen, etwa die Förderung modellhafter Projekte zur vorzeitigen Rückkehr von Bosnienflüchtlings in ihre Heimat aus Gemeindegeld zu finanzieren. Das alles sei „für die kommunale Familie unannehmbar“.

**Heinz Wirtz** (SPD) ließ erkennen, die über den Nachtrag vorgenommenen Korrekturen seien „nicht durch das Land, sondern durch den Bund ausgelöst worden“. Viele Gemeinden müßten nun ebenfalls Nachtragshaushalte aufstellen, die ihrerseits nicht zur Belebung der Wirtschaft beitragen. Die SPD akzeptiere, daß die Landesregierung die investiven Mittel nur in geringem Umfang kürzen wolle und statt dessen die Reduzierung bei den konsumptiven Mitteln ansetze: „Die investiven Zweckzuweisungen werden nur um fünf Prozent, also um 41,5 Millionen gekürzt, während die allgemeinen Schlüsselzuweisungen leider um 207 Millionen herabgesetzt werden. Hiermit geht auch an die Kommunen das Signal, möglichst nicht im investiven Bereich Kürzungen vorzunehmen.“ Wirtz stellte klar, „daß der Nachtragshaushalt und die geringeren Zuweisungen eine Folge der geringeren Steuereinnahmen sind“; das habe auch die CDU zumindest erkannt. Kreditierung sei kein Ausweg, denn die Zurückzahlung würde die Gemeinden bei zu erwar-

tenden Mindereinnahmen in den Folgejahren besonders treffen.

**Ewald Groth** (GRÜNE) gab zu, ihn packe der „Frustr“, wenn er sehe: „Innerhalb weniger Wochen und Monate Mindereinnahmen von 1,8 Milliarden Mark. Und das geschieht in einer Situation, in der 60 Prozent der Kommunen in NRW keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können und 100 Prozent der Kommunen eisern sparen und konsolidieren, wo sie nur können.“ Von der Bundesebene gebe es keine konstruktiven Nachrichten, „den konservativen Politikerinnen und Politikern von der CDU/CSU und der Pünktchen-Partei in Bonn verfaulen die Worte auf der Zunge“. Er, Groth, hätte sich eine Kreditierung, also eine Verschiebung der Lasten, in das übernächste Jahr gewünscht, aber die sei laut Finanzminister wegen der Verfassungsgrenze nicht möglich. Die Opposition stehe sich aus der Verantwortung, sie sei sich nicht einmal untereinander einig und bleibe ihre Hausaufgaben im Parlament schuldig. Eines sei doch klar: Die Änderungen, die jetzt vorgenommen werden müßten, seien keine Kürzungen des Landes bei

den Kommunen, sondern „eine schmerzhaft Anpassung an das, was aufgrund der Bundespolitik jetzt noch in unseren Kassen landet“.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) hielt der CDU ebenfalls vor, sie gebe nicht zu erkennen, wie sie auf die objektive Tatsache von Anpassungen reagieren würde. Von kommunaler Seite werden die Kreditierung nicht gewünscht, und es gebe auch nicht den Willen, aus Sonderprojekten auszusteigen, weil die kommunale Komplementärfinanzierung nicht aufgebracht werden kann. Eher das Gegenteil stimme: Die Gemeinden hielten sie für sich so wertvoll, daß sie bereit seien, die Zins- und Tilgungslasten auf sich zu nehmen. Die vorgesehenen Kürzungen bei den Schlüsselzuweisungen seien vertretbar, weil so die Investitionen der Kommunen geschont werden können, die um der Arbeitsplätze willen erfolgen. Der Minister verteidigte ausdrücklich die modellhaften Projekte zur vorzeitigen Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlings. Durch sie gelinge es, „ein Stückchen Humanität in dieses Schicksal von Bürgerkriegsflüchtlings hineinzubringen“.



*Blick ins Plenum: im Bild oben die Fraktionsvorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD, r.) und Dr. Helmut Linssen (CDU, l.) sowie im Bild unten die Abgeordneten Prof. Dr. Friedhelm Farthmann (SPD, l.) und Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE, r.).* Foto: Schälte

## Landesregierung führt bei Gesetzesnovelle das Verbandsklagerecht ein

### Streit um Mittel und Wege im Naturschutz

In zweiter Lesung hat der Landtag Mitte Juni den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des nordrhein-westfälischen Landschaftsgesetzes abgelehnt. Die Abgeordneten folgten damit mehrheitlich der entsprechenden Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Drs. 12/2021).

**Horst Steinkühler** (SPD) lehnte für die SPD den von der CDU geforderten gesetzlich verankerten Vorrang für den Vertragsnaturschutz ab. Damit erteile sie aber der von der Landesregierung geübten Politik freiwilliger Vereinbarungen keineswegs eine Abfuhr, betonte der Abgeordnete, aber für deren Zustandekommen seien auch ordnungsrechtliche Möglichkeiten Bedingung. Sonst würden diese in eine Position der Schwäche gegenüber den Grundstückseigentümern geraten, „der staatliche Naturschutz würde somit zum zahnlosen Tiger“. In der Entschädigungsfrage sprach sich Steinkühler gegen pauschale Entschädigungen aus, wie sie der Bund vorsehe: Auch hier sei die Politik im Lande auf Konsens angelegt. Es gehe nicht an, daß alle Beschränkungen der Nutzung von Grundstücken, auch weit unterhalb der Grenze der Enteignung oder enteignungsgleicher Eingriffe, zu Ausgleichszahlungen für die Grundstückseigentümer führen sollen. Schon gar nicht auf die Art, daß der Bund Gesetze erlasse, die den Ländern und Kom-

munen neue finanzielle Lasten auferlegten, wie dies beim soeben verabschiedeten Bodenschutzgesetz des Bundes gehandhabt werde.

**Marie-Luise Fasse** (CDU) stellte die im Entwurf ihrer Fraktion vorgesehenen Präzisierungen zum gesetzlichen Biotopschutz heraus, die brächten mehr Rechtssicherheit und schüfen für die Betroffenen eine zumutbare Regelung. Nach geltendem Recht gälten auch Maßnahmen zum Umweltschutz als gleichspflichtige Eingriffe in Natur und Landschaft, das verteuere unnötig den Umweltschutz. Mit dem vorgesehenen Positiv-Negativ-Katalog werde diese Fehlkonstruktion des geltenden Gesetzes beseitigt. Schließlich werde eine Entbürokratisierung der Landschaftsplanung durch durchgreifende Deregulierung und Flexibilisierung angestrebt; der Zwang zur Flächendeckung sei nicht mehr zeitgemäß, betonte sie und verlangte, den Vertragsnaturschutz konsequent auszubauen: Das schließe Landschaftspläne nicht aus, aber wo das Ziel einfacher durch vertragliche Regelungen zu erreichen sei, gebühre ihnen der Vorrang.

**Silke Mackenthun** (GRÜNE) bezeichnete das Vorgehen der CDU als „aberwitzig“: In einer Situation allseits beklagten Verlustes der Artenvielfalt und des Vollzugsdefizits bei der Landschaftsplanung gehe die Union nicht daran, dies Defizit abzubauen, sondern sie plädiere für eine Abschaffung des Vollzugsgegenstandes. Es wäre besser gewesen, wenn die CDU die von der Landesregierung angekündigte Novelle des Landschaftsgesetzes abgewartet hätte, um in diesem Zusammenhang ihre Anträge als Paket zu stellen und beraten zu lassen. Die Eckpunkte der kommenden Novelle formulierte sie aus der Sicht ihrer Fraktion so: In Sachen Verbandsmitwirkung sei dringender Handlungsbedarf gegeben; die Sitzverteilung in den Beiräten müsse zugunsten der Naturschützer verschoben werden. Was die Eingriffsregelung angehe, so sei sie zu aktualisieren, konkretisieren und zu erweitern. Bei Neuversiegelung müsse eine Fläche gleicher Größe wieder entsiegelt werden; Kompensationsmaßnahmen seien über Erfolgskontrollen zu überprüfen, und für Vorhaben im baulichen

Innenbereich seien wieder Geldleistungen einzuführen. Die Landwirtschaftsklausel bedürfe einer Anpassung unter dem Leitgedanken einer dauerhaften und umweltgerechten Nutzung und unter Berücksichtigung der Interessen von Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) erläuterte die Vorstellungen zur Novellierung des Landschaftsgesetzes. Unabhängig von einer später gegebenenfalls notwendigen Anpassung an das Bundesrahmengesetz werde die Verbandsklage eingeführt, die Beteiligungsrechte der Naturschutzverbände etwa in der Bauleitplanung und bei der Planegenehmigung würden gestärkt, zudem werde ein Neuvorschlag für die Zusammenlegung der Beiräte gemacht. Die weiteren Punkte seien Anpassung der Entschädigungsregelungen an die neuste Rechtsprechung, rechtliche Verankerung des Landschaftsprogramms NRW, Stärkung ökologischer Belange in der Bauleitplanung und Regelungen für eine beschleunigte Umsetzung der Landschaftsplanung. Schon seit Erlaß des Landschaftsgesetzes im Jahr 1975 habe sich die CDU gegen die flächendeckende Landschaftsplanung gewehrt, erinnerte die Ministerin; es sei aber in der Vergangenheit schon falsch gewesen, Schutz, Pflege und Entwicklung nur ausgewählter Landschaftsteile zukommen zu lassen und andere von jedweder Entwicklung auszuschließen – das gelte für die Zukunft noch mehr. Der Abbau ökologischer Standards werde vom nordrhein-westfälischen Landtag und vom Bundesrat jedenfalls nicht mitvollzogen.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) wertete die Novellierung als den Versuch, die Kosten für den Naturschutz letztlich an der Landwirtschaft hängenbleiben zu lassen. Das diene weder dem Naturschutz noch der Landwirtschaft, „weil Naturschutz in Nordrhein-Westfalen nur gemeinsam mit der Landwirtschaft durchzusetzen ist“. Es zeichne die Politik der Landesregierung aus, daß Landwirte im Zusammenhang mit Nutzungsänderungen und Naturschutzauflagen nichts bekommen, daß ihnen aber dann, wenn bei ihnen Bauland ausgewiesen werde, der entsprechende Planungswertausgleich weggenommen werden soll.

### Grenzen für die Zusammenarbeit ein Stück offener

Nach erster Lesung hat der Landtag am 13. Juni den Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zum Zusatzprotokoll zum Europäischen Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen kommunalen Gebietskörperschaften (Drs. 12/2065) zur weiteren Beratung an den Hauptausschuß überwiesen. Bei der Einbringung betonte Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD), das Zusatzprotokoll solle die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften im Grenzgebiet erleichtern und für die Überwindung rechtlicher Hindernisse bei der Entwicklung grenzüberschreitender Projekte Hilfestellung geben. Er räume nun ausdrücklich den Körperschaften das Recht ein, solche Vereinbarungen mit den Gebietskörperschaften anderer Staaten in gemeinsamen Zuständigkeitsbereichen in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht zu schließen. Kniola: „Ich hoffe auf eine breite Übereinstimmung darin, die interkommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern und bei der Entwicklung grenzüberschreitender Projekte den interessierten Kommunen für die Überwindung rechtlicher Hindernisse konkrete Hilfestellung zu geben.“



*Landschaftsverbrauch und Flächenversiegelung wirken sich bei Fließgewässern doppelt negativ aus: Sie tragen die unterschiedlichen Nutzungen bis an die Ufer heran, und sie nehmen den Gewässern den Raum zur Ausdehnung bei Hochwasser, was immer wieder zu erheblichen Überschwemmungen führt. Darum dürfen im Lande Fließgewässer nur noch naturnah ausgebaut und unterhalten werden. So ist es ein wesentliches Ziel eines ökologisch ausgerichteten Hochwasserschutzes, wie er im Lande betrieben wird, neben Sanierung und Rücknahme der Deiche, das Wasser schon im Einzugsgebiet (dieser Bach bei Heiligenhaus durchläuft weiter oben ein Rückhaltebecken) zurückzuhalten und ihm Versickerungsmöglichkeiten zu bieten. Die Sicherung von unverbautem und unversiegeltem Freiraum ist Voraussetzung für Erhaltung und Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen und damit eine besonders wichtige landesplanerische Aufgabe.*



Der Hauptausschuß traf sich am 12. Juni mit dem Wirtschaftsausschuß und hörte Experten zu den Ergebnissen einer Reise des Ministerpräsidenten in die Niederlande an. „Landtag intern“ berichtete über dieses Hearing. Vor dessen Beginn entstanden obige Momentaufnahmen. Das linke Bild zeigt von links Hermann-Josef Arentz (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Hans Vorpeil (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, Heidemarie Berger (SPD) und Werner Jostmeier (CDU). — Auf dem rechten Bild sind vorne von rechts Gisela Nacken (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sowie Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, und der wissenschaftliche Mitarbeiter der SPD-Fraktion, Dr. Horst Berghoff, zu sehen. Fotos: Schälte

## Lokalfunk unverzichtbarer Baustein für Medienland NRW

Der Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen hat Hörerinnen und Hörer dazugewonnen. Das ergab die Aussprache über den Antrag der CDU-Opposition „Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stärken“ im Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD). Die CDU sah einen Silberstreif am Horizont für die Verbesserung der Situation der Lokalradios im Land. Auch seitens der Koalition von SPD und GRÜNEN wurde festgehalten, in den vergangenen sieben Jahren sei eine vielfältige Lokalradiolandschaft an Rhein und Ruhr entstanden. Die Fraktionen bestätigten sich auch gegenseitig Konsensverhalten. Nur beim Bürgerfunk gingen die Meinungen auseinander. Der Antrag der CDU wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Opposition abgelehnt, ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN bei gleichem Abstimmungsverhalten angenommen.

Bei den Anliegen im CDU-Antrag handele es sich um drei Bereiche, betonte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi. Sie nannte die Flexibilisierung der lokalen Programmzeit, Verbesserung der Frequenzsituation im lokalen Hörfunk und dauerhaften, gerechten Lastenausgleich für die Transportkosten. Frau Hieronymi begrüßte sehr, daß das Anliegen einer ausgewogenen, das Lokale im Programm stärkenden Flexibilisierung der Sendezeit breiten Konsens nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch im politischen Bereich finde. Deutlich sagte sie mit Blick auf die E.M.A.-Daten zur Hörfunknutzung in NRW, es gebe tatsächlich einen Silberstreif am Horizont für die Verbesserung der Situation des Lokalfunks. Sie begrüßte dies außerordentlich. Die Vereinbarungen, die die am Lokalfunk Beteiligten getroffen hätten, hier insbesondere die Betriebsgesellschaft, Radio NRW und die Veranstaltergemeinschaft, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Programme „schon ein Stück weit das richtige Signal“ gewesen seien. Die Politikerin unterstrich, sie bedauere deshalb außerordentlich, daß im Entschließungsantrag der SPD in die-

ser schwierigen Situation völlig unverhältnismäßige Forderungen zur Stärkung der Position des Bürgerfunks auf dem Tisch lägen, die das fragile Gleichgewicht des Zweisäulen-Modells „aus unserer Sicht“ eher beschädigten denn zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beitrügen. Der Bürgerfunk sei im lokalen Hörfunk in NRW nicht die entscheidende Vielfaltreserve. Die Vielfaltsgarantie liege in der von den gesellschaftlichen Gruppen zusammengesetzten Veranstaltergemeinschaft. Frau Hieronymi bezeichnete die ihrer Ansicht nach von SPD und GRÜNEN versuchte Verschiebung der Gewichte der zwei Säulen als ein Signal in die falsche Richtung, nicht für mehr Kooperation, sondern für mehr Stärkung des Bürgerfunks.

### Standbein sichern

Für die SPD verkündete deren medienpolitischer Sprecher Marc Jan Eumann die „wichtige Botschaft“, das Lokalradio habe Hörerinnen und Hörer gewonnen. Er bezeichnete die Hörfunklandschaft in NRW als einmalig und zukunftsfähig. Das heiße für den Lokalfunk, man wolle ein flächendeckendes, publizistisch und wirtschaftlich erfolgreiches lokales Radio. Mit flächendeckend meinte er eine landesweite Veranstaltung in 45 Teilen. Mit Respekt deutete Eumann darauf hin, daß in den vergangenen sieben Jahren mit Hilfe aller Beteiligten in NRW eine vielfältige Lokalradiolandschaft entstanden sei, die ein unverzichtbarer Baustein für das Medienland NRW sei. Zum Entschließungsantrag seiner Fraktion merkte er an, es gebe einen breiten Konsens darüber, daß es für die Aufgaben, die der Lokalfunk zu erledigen habe, noch einer kleinen Novelle bedürfe. Eine kleine Novelle sei das Sinnvolle, das Politiker an dieser Stelle tun könnten. Der Politiker machte klar: „Wir halten am Zweisäulen-Modell fest.“ Das entscheidende aus der Sicht der Koalitionsfraktionen sei das Programm. Er äußerte sich überzeugt, daß es weitere Anstrengungen geben

müsse, in die Programmqualität zu investieren. „Wir wissen, die Pfunde, mit denen die Lokalradios wuchern können und müssen, sind das Lokale“, sagte der Sprecher. Was jetzt verabredet worden sei, gehe in die richtige Richtung. Als Stichwort nannte er die Stärkung der Hörfunkakademie. Zur Flexibilisierung der Sendestrecken merkte er an, man wolle den Korridor aufmachen, wochentags bis zu fünf Stunden, an Wochenenden und an Feiertagen bis zu drei Stunden. Ferner wolle man wirtschaftlich erfolgreich sein. Dazu sei Transparenz nötig. Eindeutig nahm Eumann zum Bürgerfunk Stellung. Er gehöre zum Zweisäulen-System. Die Probleme, die man mit dem Lokalfunk habe, hingen weder in erster noch in zweiter Linie mit dem Bürgerfunk zusammen. Die Diskussionen über die Existenz des Bürgerfunks müßten eigentlich beendet sein.

Entgegen dem „vorsorglichen Jammern“, das man ein Jahr lang von Radio NRW und mancher Betriebsgesellschaft gehört habe, habe es sich bestätigt, daß es nicht zu einem Einbruch gekommen sei. Es gebe daher einen massiven Grund, sich nicht dazu verleiten zu lassen, in bestimmten Situationen, nur weil sich wirtschaftliche Ergebnisse einmal verändern könnten, gleich nach dem Staat zu schreien und gesetzliche Änderungen zu fordern, stellte der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Roland Appel, fest. Er folgerte: „Ich finde, wir sollten ganz vorsichtig sein.“ Es habe ihn von Anfang an gewundert, daß gerade dieser Wunsch von Seiten der CDU gekommen sei. Des weiteren finde er, daß es der CDU natürlich darum gegangen sei, die Gewichte innerhalb des Lokalfunks zuungunsten des Bürgerfunks zu verschieben. „Ich sage Ihnen ganz offen, daß wir als Koalitionsfraktionen das nicht mitmachen werden.“ Der oft beklagte, angebliche Qualitätsverlust des Lokalfunks hat laut Appel weniger mit dem Bürgerfunk, aber sehr wohl damit zu tun, daß der WDR entgegenkommend die lokale journalistische Berichterstattung weitgehend geräumt habe in NRW, die Lokalradios die gute Chance aber nicht genutzt hätten zu einer lokal vor

Ort identifizierbaren Berichterstattung zu kommen und sich damit ein Standbein zu sichern. Das wäre nach Auffassung der GRÜNEN nach wie vor der journalistisch bessere Weg, bei den Konsumentinnen und Konsumenten anzukommen. Das sei aber offensichtlich in der Vergangenheit von den Initiatoren und Trägern des Lokalradios nicht in hinreichendem Maße geschehen. Mit Sorge sehe er eine Programmreform, die versuche, das Lokalradio an das Programmschema von Radio NRW anzugleichen. Er könne nur zu journalistischer Vielfalt und und zu örtlich bezogener Berichterstattung raten. Dann werde sich auch der journalistische Erfolg einstellen.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann räumte ein, daß eine mögliche Stärkung des Bürgerfunks nicht die Intention seiner Fraktion gewesen sei. Das Zwei-Säulen-Modell in sich sei schon ein Hindernis. Es habe in marktwirtschaftlichen Mechanismen überhaupt nichts zu tun. Es werde in keinem Bereich der Wirtschaft, und auch hier nicht auf Dauer, funktionieren, und wenn was klappe, dann trotz dieses Säulen-Modells. Es müsse ja einen Grund haben, daß Radio NRW eine zweite landesweite Kette beantrage, um sich finanzieren zu können. Das machten die ja wahrscheinlich nicht, weil das Portemonnaie so voll sei, sondern weil es Probleme gebe. „Wir sind sehr daran interessiert, daß der Staat Rahmenrichtlinien gibt“, sagte der Politiker. Mehr nicht. Die müsse es aber geben, damit der Betreiber eine Chance habe. Generell stellte er fest, er glaube nicht, daß es nach dem Entschließungsantrag der Koalition den Lokalradios in NRW bessergehen werde.

„Wir wollten angesichts der breiten Diskussion eine einigermaßen gültige Situationsbeschreibung des Lokalfunks geben“, erläuterte SPD-Sprecher Reinhard Grätz. Man sehe sich nach der Veröffentlichung



Repräsentanten der lateinamerikanischen Kaffeebauern, Oskar Ovidio López Julian, Generalsekretär des Dachverbandes der Kaffee Kleinbauern „Frente Solidario“ (2. v. r.), und Hektor Bonilla Cruz, Geschäftsführer der costaricanischen Genossenschaft „Llanobonito“ (3. v. l.), die sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland aufhielten, haben durch Vermittlung der SPD-Abgeordneten Karin Jung (3. v. r.) den Landtag besucht und sind von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) empfangen worden. Die Südamerikaner waren für den TransFairHandel unterwegs, eine faire Handelsform, die vor allem den Kleinbauern existenzbedrohende Probleme nehmen soll. Begleitet wurden die Repräsentanten von Karl-Heinz Spiegel, Vorstandsmitglied bei TransFair (4. v. r.), Astrid Ritter-Weil (2. v. l.) von der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Dolmetscherin Barbara Krings (l.).  
Foto: Schälte

der E.M.A.-Daten bestätigt, nicht nach irgendeiner Seite hin in Hektik zu verfallen, sondern möglichst nüchtern, aber auch im Sinne der Ermutigung die Situation zu analysieren. Ob das in sich gefestigte System

sich grundsätzlich bewährt habe, sei eindeutig zu beantworten. Es gebe keine Alternative zu diesem System. Es bleibe das am besten funktionierende in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei sei zwischenzeitlich einiges hintangestellt worden, nämlich daß dieses System ein Konsenssystem sei. Grätz gab seinen Eindruck wieder, man habe in der letzten Zeit zu diesem Konsensverhalten zurückgefunden. „Daß dies nicht leicht ist, wissen wir aus sieben Jahren Erfahrung“, hielt er fest. In Sachen Bürgerfunk gab er der CDU-Politikerin Hieronymi recht, dieser sei nicht die entscheidende Vielfaltreserve, aber der Bürgerfunk sei eine Vielfaltreserve und habe sich in sieben Jahren bewährt mit völlig unterschiedlichen Ergebnissen von Station zu Station, wie dies ja auch für den Lokalfunk insgesamt gelte mit überraschenden Ergebnissen von Quoten unter zehn bis 35 Prozent und teilweise mehr. Dem Bürgerfunk werde in der Situationsbeschreibung der Stellenwert gegeben, der ihm zukomme. Zu einem weiteren Punkt erklärte der SPD-Sprecher, seiner Fraktion sei die Offenlegung der finanziellen Situation wichtig. Gerade die Differenz zwischen den Daten aus dem letzten Winter mit den praktischen Ergebnissen der E.M.A. zeige, daß Offenlegung geboten sei, und es sei bisher nicht ausreichend erklärt, warum diese Offenlegung auch der finanziellen Rahmenbedingungen nicht erfolge. Man müsse die Fakten in ihrer Gänze haben. Bevor das nicht auf dem Tisch liege, könne man keine endgültige Stellungnahme abgeben oder gar stützende oder regelnde Maßnahmen ergreifen.



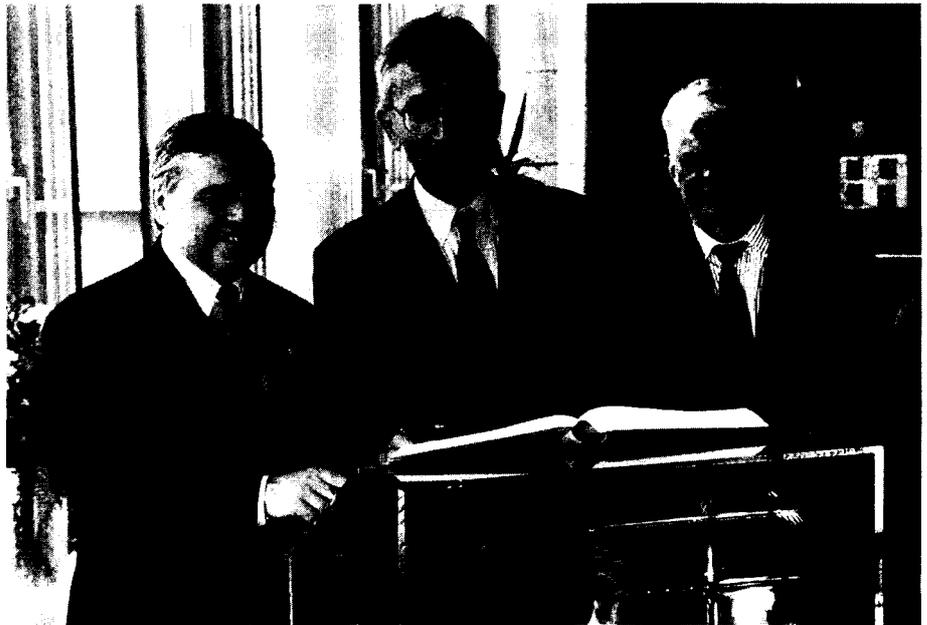
Eine Delegation des Parlamentes sowie des Senates der Republik Gabun ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (3. v. l.) empfangen worden. Der Delegation gehörten Martin Rekangalt, Vizepräsident des Senatsbüros, Emile Kassa Mapsi, Präsident des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung, Abessolo Nguema, Präsident der Oppositions-Parlamentsgruppe RNB sowie André Smith, Kabinettsdirektor des Senatspräsidenten an. Die Abordnung wurde von Botschafter Ratanga begleitet. Foto: Schälte

## Hauptausschuß

# Verfassungsgericht von globaler Minderausgabe ausgenommen

Der Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) hat seine Beratungen zum Nachtragshaushaltsgesetz 1997 am 18. Juni abgeschlossen. Alle den Hauptausschuß betreffenden Änderungen in den Einzelplänen der jeweiligen Ressorts wurden mit der Mehrheit der Koalitionstimmen gegen die CDU-Opposition angenommen (Drs. 12/2100).

Der Vorsitzende erinnerte in einer generellen Einführung zunächst daran, daß der Gesetzentwurf der Landesregierung durch Beschluß des Landtages vom 13. Juni an den Haushalts- und Finanzausschuß federführend sowie an die jeweiligen Fachausschüsse mitberatend überwiesen worden sei. Die Fraktionen hätten sich auf einen Zeitplan verständigt, der die Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 97 noch im Juni möglich mache. Er wies ferner darauf hin, daß die Sprecherin der CDU-Fraktion in einem Schreiben darum gebeten habe, die Landesregierung möge alle den Hauptausschuß betreffenden Haushaltstitel nennen, die von der globalen Minderausgabe betroffen sein könnten. Nach Matthiesens Vorschlag ging der Hauptausschuß dann dazu über, alle in seine Zuständigkeit fallenden Einzelpläne „in der üblichen Reihenfolge“ von 01 (Landtag) über 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei), 05 (Ministerium für Schule und Weiterbildung), 08 (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie



Der französische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, François Scheer (M.) hat dem Landtag Nordrhein-Westfalen einen Höflichkeitsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) empfangen worden. Der Botschafter befand sich in Begleitung des französischen Generalkonsuls Marc Gilbert (r.).  
Foto: Schälte

und Verkehr) bis 09 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten) zu beraten. Dabei war die Landesregierung auf Wunsch der CDU gehalten, jeweils über den bisherigen Mittelabfluß zu informieren. Aus terminlichen Gründen wurde allein der Einzelplan 09 vorgezogen. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi wollte hierzu von der Landesregierung wissen, warum sie diesen Haushalt aus der globalen Minderausgabe entlassen habe, denn es gebe doch Ansätze zum Beispiel für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, meinte dazu, bei dem Volumen, das dem Einzelplan 02 insgesamt zur Verfügung stehe, könne kein nennenswerter Beitrag zur Erwirtschaftung der glo-

balen Minderausgabe bei 09 erbracht werden. Unter Zustimmung der Fraktionen stellte Klaus Matthiesen daraufhin fest: „Dasselbe gilt für Einzelplan 01!“ und rief den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei auf.

Staatssekretär Frohn ging auf die Veränderungen im Einzelplan 02 ein. Die Kosten für die Anmietung von Räumen für das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen decke man durch bedingte Mehrausgaben, die aus dem Einzelplan 02 gedeckt würden, und die Ausbringung der neuen Minderausgabe von vier Millionen Mark. Das sei die Quote, die auf den Einzelplan 02 entfalle. Auf Fragen der CDU nach allen Titeln, die von der globalen Minderausgabe betroffen seien, erläuterte Frohn, betroffen sein könnten alle Ansätze, für die keine gesetzliche Verpflichtung zur Leistung bestehe oder für die noch kein bestandskräftiger Zuwendungsbescheid erteilt worden sei.

Das bedeute, daß sich die Minderausgabe auf verschiedene Politikbereiche verteile. Das betreffe den Bereich für internationale Zusammenarbeit, das Wissenschaftszentrum, aber auch den Infrastrukturbereich der Staatskanzlei an sich. Als den Bereich mit dem größten möglicherweise disponiblen Ausgabevolumen bezeichnete er die internationale Zusammenarbeit. Dort stehe ein Betrag von 21 Millionen Mark zur Verfügung, der die Hauptlast der globalen Minderausgabe tragen müsse. Man denke dabei an einen Betrag zwischen 2,6 und 2,9 Millionen Mark. Im Zusammenhang mit der Infrastruktur erwähnte Frohn die Mittel für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit, für die Bewirtschaftung von Gebäuden, für die Anschaffung einer Telekommunikationsanlage und andere kleinere Bereiche, die sich in der Erwirtschaftung auf einen Betrag von 700 000 bis 800 000 Mark summierten. Nach seinen Angaben sollen ferner die Institute des Wissenschaftszentrums insgesamt etwa 250 000 Mark zur Erwirtschaftung beitragen; der Bereich der Eine-Welt-Politik soll mit rund 200 000 Mark betroffen sein. Eine Aus-



Der Ombudsmann von Katalonien, Antonio Canellas, hat dem Petitionsausschuß des Landtags einen Informationsbesuch abgestattet und ist von der Vorsitzenden des Ausschusses, Barbara Wischermann (r.) und dem stellvertretenden Vorsitzenden, Horst Steinkühler (l.) empfangen worden.  
Foto: Schälte

nahme soll das Verfassungsorgan Verfassungsgerichtshof machen. Es sei von einer globalen Minderausgabe freigestellt, hieß es. Zusammenfassend schloß Frohn, es könne noch nicht spitz festgelegt werden, was bis zur einzelnen Mark bei der globalen Minderausgabe zu erbringen sei. Das werde erst mit dem Rechnungsergebnis möglich sein.

Nach den Ausführungen äußerte sich die CDU-Sprecherin lobend: Sie hoffe, daß die Informationen, auch die jetzt über den Einzelplan 02 gekommen seien, „in dem Maß ihrer Information“ mit dem Maß in anderen Ausschüssen vergleichbar seien. „Wir wollen hoffen, daß dies insgesamt Vorbildcharakter hat“.

Für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, zu dem die Landeszentrale für politische Bildung gehört, erläuterte deren Leiter Dr. Günter Wichert, der Haushalt des MSW werde insgesamt mit rund zehn Millionen Mark zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe herangezogen. Im einzelnen bedeute das, daß auch die disponiblen Titel der Landeszentrale dazu beitragen müßten und könnten. Titel, aus denen Zuschüsse für Weiterbildungseinrichtungen, an Stiftungen und anerkannte Einrichtungen der Weiterbildung geleistet würden, könnten von dieser globalen Minderausgabe ausgenommen werden unter der Voraussetzung, daß durch den Landtagsbeschuß der Ansatz unverändert bleibe und keine zusätzlichen Belastungen auf das MSW zukämen. Die restlichen disponiblen Titel der Landeszentrale würden ungefähr mit 20 Prozent zur Erwirtschaftung beitragen. Bisher sei nicht erkennbar, daß dieser Prozentsatz sich wesentlich erhöhe.

Für den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers erläuterte Staatssekretär Jörg Bickenbach, die aktuelle Situation sehe so aus, daß bei der Filmstiftung noch etwa 1,5 Millionen Mark zur Verfügung stünden, die grundsätzlich disponibel seien; bei der Aus- und Fortbildung seien es etwa 1,7 Millionen Mark. Beide Beträge würden in die Überlegungen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe einbezogen.

Daran anschließend wollte der Fraktions-sprecher der GRÜNEN, Roland Appel, wissen, welchen Einfluß der Eintritt des ZDF in die Filmstiftung habe und ob Gerüchte zuträfen, daß geplant sei, SAT.1 und RTL an der Filmstiftung zu beteiligen. Für die Landesregierung erklärte Dr. Hans Gerd Brodoehl, der Beitritt ändere überhaupt nichts an der Arithmetik zwischen Land und WDR, die die Filmstiftung in gleichem Umfang trügen: gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Lasten. Das ZDF werde sich in diesem Jahr mit fünf Millionen an der Filmstiftung beteiligen. Die Entscheidung sei gefallen. Was private Veranstalter angehe, so gebe es eine neue Entwicklung in Deutschland. In diesen Tagen sei ein Engagement privater Veranstalter in der Berlin-Brandenburgischen Filmförderung beschlossen worden. SAT.1 und Pro 7 würden sich beteiligen. Einige private Sender hätten sich bereits an der bayrischen Filmförderung beteiligt. „Wir denken, daß die Filmstiftung NRW bei dieser Entwicklung nicht hintanstehen kann“, meinte Brodoehl. Dabei werde allerdings nicht an eine gesellschaftsrechtliche Einbindung gedacht. Man wolle kooperieren und hoffe, daß private Sender Geld zur Verfügung stellten.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) hat zwei verdiente Mitarbeiterinnen in den Ruhestand verabschiedet: Annemarie Keimes (2. v. r.) und Margret Gödde (2. v. l.). Frau Keimes war 21 Jahre beim Landtag beschäftigt, zuletzt als Schichtführerin in der Telefonzentrale. Sie nahm dort die Schichteinteilung sowie Koordinations-tätigkeiten wahr. Der Präsident betonte in seinen Abschiedsworten, Frau Keimes sei die „gute Seele“ der Telefonzentrale gewesen. Sie habe sich stets durch ihr angenehmes und höfliches Wesen ausgezeichnet und deshalb bei jedem internen und externen Telefonkunden mit ihrem Dienstleistungsbewußtsein, mit ihrer Gründlichkeit und Nettigkeit menschlich und fachlich einen guten Eindruck hinterlassen. Frau Gödde war elf Jahre im Landtag tätig. Sie arbeitete als Referatssekretärin im Archiv des Parlaments und wechselte 1996 in den Bereich Dokumentationsassistentin für die Pressedokumentation. Ulrich Schmidt hob hervor, man habe stets auf die Genauigkeit und Sorgfalt von Margret Gödde setzen können. Viele Journalisten hätten davon profitiert, daß sie diese Eigenschaften auch in ihre Arbeit für die Pressedokumentation eingebracht habe. Der Präsident wünschte sich, daß beide Frauen dem Hause verbunden blieben. Den Glückwünschen schloß sich der Direktor beim Landtag, Professor Heinrich A. Große-Sender (l.) an.

Foto: Schälte



## Vom Klausenhof in den Landtag

18 asiatische Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Kurses „Umweltmanagement“ der Akademie Klausenhof in Hamminkeln, einer vom Land Nordrhein-Westfalen anerkannten Einrichtung der Weiterbildung, haben den Landtag besucht und sind vom Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Heinrich Kruse (CDU, links im Bild), im Landtag empfangen worden. Die Gäste, untern ihnen u. a. ein Präsident, ein Direktor, ein Bürgermeister, ein Stadtdirektor, Handelskammermitglieder sowie Ausschußvorsitzende, die örtliche Verwaltungen, Entwicklungsgesellschaften und Umweltagenturen vertraten, kamen aus Indien, Pakistan, Malaysia, Thailand und den Philippinen.

Foto: Schälte



Erstmals zitierte die Opposition Minister zur Haushaltskontrolle in den Finanzausschuß, vorn: Winfried Schittges (CDU), weiter v. l. Werner Hommen (CDU-Fraktionsreferent) im Gespräch mit CDU-Sprecher Helmut Diegel, Kulturministerin Ilse Brusis, Sozialminister Dr. Axel Horstmann, Finanzminister Heinz Schleußer (alle SPD), Leo Dautzenberg (CDU, Ausschußvorsitzender). Foto: Schälte

Plenum, um über Änderungsanträge zur 3. Lesung beraten und abstimmen zu können. In der Ausschußberatung vor der 2. Lesung im Plenum am 20. Juni kritisierte Dautzenberg, die Beendigung der Diskussion über den Nachtrag im Arbeitsausschuß durch einen Geschäftsordnungsantrag der SPD sei kein gutes Verfahren und nicht akzeptabel. CDU-Sprecher Helmut Diegel dankte für sonstiges kooperatives Zuarbeiten aus Ministerien und Kabinett und verlangte das Zitieren der beiden Minister Brusis und Horstmann. SPD-Sprecher Reinhold Trinius verschloß sich dem Begehren nicht, schlug aber vor, zunächst die faktische Umsetzung zu prüfen. Als sich später herausstellte, daß die Minister die Ausschußsitzung nicht mehr rechtzeitig erreichen könnten, wurde das Herbeizitieren auf die Sitzung zur 3. Lesung verschoben.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) bedauerte, daß es 1997 noch keine Anfinanzierung für den Beteiligungskapitalfonds gebe, und äußerte sich verwundert über angeblich fehlende „Etatfreie“ eines Titels für den Landesanteil an dem Fonds, da doch in Kürze der Haushaltsentwurf 1998 beraten werde, für den Minister Clement Fonds-Mittel zugesagt habe. Bernhard Tenhumberg (CDU) schloß sich der Kritik an, stellte eine Verzögerung um sechs Monate durch die geänderte Position der SPD fest und bezweifelte, daß ab 1. Januar 1998 Kapital zur Verfügung stehen werde. Helmut Diegel (CDU) forderte unter Verweis auf früher von der SPD geäußerten dringenden Handlungsbedarf, wenigstens mit einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan zu arbeiten. Ernst-Martin Walsken (SPD) hielt im Hinblick auf das Gespräch der Landesregierung mit Bankenvertretungen am 30. Juni eine Festlegung im Nachtragshaushalt nicht für angezeigt, da es zunächst um die möglichst breite Beteiligung der Kreditwirtschaft und dann um den Aufbau geeigneten Managements gehe. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) fürchtete um für kleine Unternehmen ungeeignete Kreditkriterien bei zu geringer Landesbeteiligung.

Ein Änderungsantrag der CDU, die Landesanteile an den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn nicht der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft zu übertragen und damit die Veräußerung der gesonderten Befassung des Parlaments zu entziehen, veranlaßte die GRÜNEN, eine Sitzungsunterbrechung zu beantragen. Dann wiesen Finanzminister Heinz Schleußer und SPD-Sprecher Trinius auf fehlende Deckungsvorschläge der CDU für die bei Annahme ihres Antrags entstehende Haushaltslücke von 300 Millionen Mark hin, da die CDU die Erlöse aus der Veräußerung der Landesbeteiligungen in eine Strukturrücklage einbringen wollte. Volkmar Klein (CDU) widersprach und wies auf Zweifel an der Umsetzung der vom Landtag gewünschten Privatisierung bei der Übertragung an die Beteiligungsgesellschaft hin. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) lehnte durch Vorlesen einer Stellungnahme der GRÜNEN-Mitglieder im Haushaltsausschuß die Kompetenzverlagerung bei dem Verkauf der Flughafenanteile von der Legislative auf die Exekutive ab und wies auf einen Parteibeschuß gegen Kapazitätsausweitungen hin. Die GRÜNEN lehnten unter Hinweis auf ihre Bindung an die Fraktionsentscheidung, dem Nachtragshaushaltentwurf ohne Änderungen zuzustimmen, die CDU-Anträge ab.

## Zwei Minister in Haushaltsausschuß zitiert Sparvorgaben ohne Titelschärfe

„Der Landtag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit jedes Mitglieds der Landesregierung verlangen.“ So steht es in der NRW-Landesverfassung, und die CDU-Opposition im Haushaltsausschuß verlangte im Zuge der Beratungen des Nachtragshaushalts 1997 die Anwesenheit von Kulturministerin Ilse Brusis und Arbeits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann (beide SPD) im Ausschuß: wegen mangelhafter

Auskünfte bei den Beratungen der Fachausschüsse.

In drei Sitzungen, am 16., 20. und 25. Juni, befaßte sich der Haushalts- und Finanzausschuß unter Leitung von Leo Dautzenberg (CDU) mit dem Nachtragshaushalt: erster Beratungsdurchgang, nach den Beratungen der Fachausschüsse 2. Durchgang, Schlußberatung zwischen der 2. und 3. Lesung im



„Haushalt“ privat: Gisela Meyer-Schiffer, stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, und Ernst-Martin Walsken, stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Personal (beide SPD), freuen sich auf den Urlaub mit Jan Erik und seinen ersten Geburtstag am 10. Juli.

## Frauenausschuß auf der „top '97“

Bei der Frauenmesse „top '97“, die vom 26. bis 29. Juni in Düsseldorf stattfand, bestritten die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik Helga Gießelmann (SPD) und ihre Stellvertreterin Jutta Appelt (CDU) sowie die Sprecherinnen der Fraktionen Brigitte Speth (SPD), Regina van Dinther (CDU) und Marianne Hürten (GRÜNE) eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gering – aber nicht gefügig“. Rechtzeitig zum Beginn der Frauenmesse legte die Landtagsverwaltung eine Dokumentation zu geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, über den Frauenausschuß und über dessen Beratungen mit dem Titel „Frauen gestalten die Zukunft“ vor, die am Messestand verteilt wurde. Auch die Stellungnahmen von Experten bei der Ausschußanhörung vom 22. Januar 1997 wurde so einem breiteren Interessentinnenkreis vermittelt. Mit weiteren Podiumsteilnehmern und Gästen wurde darüber diskutiert, ob die Einrichtung von Dienstleistungspools, wie in NRW, oder die Einführung von Dienstleistungsschecks zu mehr sozialversicherten Arbeitsverhältnissen, auch bei geringfügiger Beschäftigung, führen.

## EURO-Einführung in den Kommunen

Im Ausschuß für Kommunalpolitik berichtete am 18. Juni Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) über die Auswirkungen der Einführung des EURO im kommunalen Bereich.

Minister Kniola erläuterte, die wichtige Frage, ob es in der dritten Stufe im ersten Halbjahr 2002 zwei parallel gültige Währungen oder durch einen Stichtag („Big Bang“) nur noch den EURO geben werde, entscheide sich erst 1998. Die Umstellung der öffentlichen Verwaltung auf allen drei Ebenen erfolge aus Kosten- und Machbarkeitsgründen erst zum letztmöglichen Termin 1. Januar 2002. Es werde geprüft, ob Steuererklärungen und Bilanzen auf EURO-Basis schon vorher möglich seien. Durch zwei EG-Ratsverordnungen, die nationalem Recht vorgingen, werde geregelt, daß Rechte und Pflichten in Verträgen und Vorschriften durch die EURO-Einführung nicht verändert und daß ab 1. Januar 2002 sämtliche Rechtsakte in EURO gelten.

Für die Kommunen sei wichtig, daß ab 1. Januar 1999 der unbare Zahlungsverkehr auch in EURO möglich sein müsse. Im Übergangszeitraum könnten Doppelauszeichnungen von Preisen und Abgaben erforderlich werden. Satzungen seien anzupassen, „Signalbeträge“ wie Eintrittsgelder und Fahrpreise zu „glätten“. Steuer-, Gebühren- und Abgabenbescheide müßten ebenso auf EURO umgestellt werden wie Haushalte und Finanzplanung. Praktische Probleme werde es bei Parkuhren, Fahrkartenautomaten usw. geben. Nicht zu unterschätzen sei die EDV-Anpassung. Zur Dramatisierung bestehe kein Anlaß.

## CDU/GRÜNE verlangten vergeblich „frisches Geld“ Risikokapitalfonds wird 1997 gegründet

Bei der abschließenden Beratung des Antrags der Koalitionsfraktionen „Beteiligungskapitalfonds NRW“ (Drs. 12/1482) im Wirtschaftsausschuß am 18. Juni ersuchten CDU und GRÜNE erfolglos die Landesregierung und die SPD-Fraktion um Zustimmung, bereits im Nachtragshaushalt 1997 Landesmittel für den neuen Fonds einzustellen. SPD-Sprecher Bodo Hombach und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) lehnten „frisches Geld“ für diesen Zweck ab und verwiesen auf das Spitzengespräch des Ministers mit NRW-Bankenrepräsentanten am 30. Juni, an dem auch Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) teilnehmen werde. Immerhin erfuhren die beiden Fraktionen durch hartnäckiges Befragen, daß im Haushalt 1997 drei Millionen Mark für den Aufbau der Managementgesellschaft bereit stünden und 1998 vier Millionen Mark als Startgeld eingestellt würden.

Als Tischvorlage lag dem Ausschuß ein gemeinsamer Antrag aller drei Fraktionen vor. Ausschußvorsitzende Hannelore Brüning (CDU) wies noch einmal auf die Experten-Anhörung vom 26. Februar 1997 hin. Bodo Hombach (SPD) erläuterte, der Landtag werde die Landesregierung zu eigenem Handeln auffordern, wenn das Gespräch mit den Banken am 30. Juni kein zufriedenstellendes Ergebnis bringe. Laurenz Meyer (CDU) bestätigte, im Ziel seien sich alle Fraktionen einig. Bei der Finanzierung wolle die CDU aber Mittel im Haushalt, wenigstens Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Jahre. Ohne die 40 Millionen Mark Landesmittel sei der Antrag reine Öffentlichkeitsarbeit. Alexandra Landsberg (GRÜNE) sagte, der überarbeitete Antrag bestehe jetzt aus zwei Säulen, dem 100-Millionen-Mark-Fonds und 12,5 Millionen Mark „Verstärkung“ für die Beteiligungskapitalgesellschaft Neuss. Auch die SPD sei immer willens gewesen, etwas zu tun. Ohne die Landesmittel verzögere sich die Risiko-Mitfinanzierung ein halbes Jahr. SPD-Sprecher Hombach und Minister Clement drückten die Hoffnung aus, daß genügend (Risiko-)Kapital bereitgestellt würde ohne öffentliches Geld. Hom-

bach wäre „begeistert“. Jetzt gebe es nur Rivalität, wer die Sache am kräftigsten vertrete. Mit dem Aufbau des Risikokapitalfonds solle im Herbst begonnen werden. Minister Clement begrüßte den gemeinsamen Antrag sehr. Daß nun ausgerechnet die CDU öffentliche Kassen beanspruchen wolle, sei absurd. Privates Risikokapital sei vernünftig. Es sei eigentlich ureigene Aufgabe der Kreditwirtschaft, „Sowenig öffentliches Geld wie möglich“, sei gemeinsames Anliegen des Finanz- und des Wirtschaftsministers. Der Start der Fonds-Arbeit könne aus Ressortmitteln finanziert werden.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Leo Dautzenberg (CDU) fragte nach der Etatreife bei einem erfolgreichen Gesprächsverlauf. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) erinnerte daran, die Mittel im ersten Nachtrag einzustellen, sei immer vereinbart gewesen. Ohne Verpflichtungsermächtigung sei bei den Banken nichts zu machen. Im Lauf der Diskussion teilte Staatssekretär Jörg Bickenbach mit, für die Managementgesellschaft seien im Haushalt 1997 drei Millionen Mark vorgesehen. Für Kapitalbeteiligungen würden in den Haushalt 1998 vier Millionen Mark eingestellt.

## Enquetekommission Zukunft der Mobilität konstituiert



Am 17. Juni konstituierte sich die 2. Enquetekommission des 12. NRW-Landtags. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2. v.l.) erinnerte an die einstimmig beschlossene Einsetzung durch den Landtag am 12. September 1996. „Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe kann der Landtag eine Enquetekommission einsetzen, der Abgeordnete und andere Sachverständige angehören können“, zitierte er die Geschäftsordnung des Landtags und ergänzte: Ohne Denkverbote sollten die Mitglieder arbeiten und zu einem öffentlichen Diskurs beitragen. Wie zwischen den Fraktionen vereinbart, wurde der von den GRÜNEN vorgeschlagene Johannes Remmel zum Vorsitzenden und Gerd Wirth (SPD) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Außerdem gehören die SPD-Abgeordneten Walter Bieber und Hans Vorpeil (oben Mitte und r.) und die CDU-Abgeordneten Gerhard Wächter und Franz-Josef Pangels (2. v.r. und r.) der Enquetekommission als ordentliche Mitglieder an. Unter den von der SPD benannten Sachverständigen-Mitgliedern befindet sich der frühere Bundesverkehrsminister und jetzige KPMG-Generalbevollmächtigte Dr. Volker Hauff (6. v.l.). Als Termin für die erste Beratung wurde der 24. September vereinbart. Zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und zwei Sekretäre sollen der Enquetekommission zuarbeiten. Zur Klärung der Ausgangspunkte überreichte Vorsitzender Johannes Remmel den Mitgliedern eine Problemliste, in der zum Beispiel nach Änderungen beim Verkehrsverhalten, dem Zusammenhang zwischen Umwelt und Verkehr, Verkehrsvermeidung, Verkehrs- und Stadtplanung, „Frauenmobilität“ sowie Kosten und Beschäftigungswirkungen von mehr oder weniger Mobilität gefragt wird.

Foto: Schälte

## Hochschulen sollen zu Einsparungen Beitrag leisten

Die Hochschulen des Landes werden von der Landesregierung mit 40 Millionen Mark an der globalen Minderausgabe des Nachtragshaushalts 1997 beteiligt. Insgesamt muß der Einzelplan 06 (Minister für Wissenschaft und Forschung) 65 Millionen erwirtschaften. Dies wurde auf der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung unter der Leitung von Ingrid Fitzek (GRÜNE) von einem Sprecher des MWF bekanntgegeben, der dabei versicherte, der erforderliche Betrag werde „nach einem erprobten Verfahren“ und unter Gleichbehandlung aller 53 Hochschulen des Landes umgelegt.

Der Ausschuß stimmte (gegen das Votum der CDU) den vorwiegend redaktionellen Änderungen zu, die SPD und GRÜNE zu Universitätsgesetz und Fachhochschulgesetz vorgelegt haben. So soll – wenn das Plenum dem folgt – Artikel 1 Paragraph 3 des Universitätsgesetzes künftig wie folgt lauten:

„(1) Die Hochschulen dienen der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Forschung, Lehre und Studium. Sie wirken dabei an der Erhaltung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates mit und tragen zur Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen bei. Sie bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden erfordern. Sie fördern den wissenschaftlichen Nachwuchs. Sie setzen sich im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt mit den möglichen Folgen einer Nutzung ihrer Forschungsergebnisse

auseinander. Die Sätze 1 bis 5 gelten für die Kunst entsprechend, soweit sie zu den Hochschulaufgaben gehört.“

Die angestrebten Änderungen lassen Paragraph 72 Absatz 2 wie folgt aussehen:

„(2) die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Sie hat unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschule und des Studentenwerks folgende Aufgaben:

1. die Belange ihrer Mitglieder in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen;
2. die Interessen ihrer Mitglieder im Rahmen dieses Gesetzes zu vertreten;
3. an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschulen (§ 3), insbesondere durch Stellungnahmen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen, mitzuwirken.
4. Auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbeußtsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz ihrer Mitglieder zu fördern;
5. fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen;
6. kulturelle Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen;
7. den Studentensport zu fördern;
8. überörtliche und internationale Studentenbeziehungen zu pflegen.

Die Studierendenschaft und ihre Organe können für die genannten Aufgaben Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen ermöglichen. Diskussionen und Veröffentlichungen im Sinne des Satzes 3 sind von Verlautbarungen der Studierendenschaft und ihrer Organe deutlich abzugrenzen. Die Verfasserin oder der Verfasser ist zu jedem Beitrag zu benennen; presserechtliche Verantwortlichkeiten bleiben unberührt.“

Im Entwurfstext für das neue Fachhochschulgesetz (Artikel II) wird Paragraph 3 Absatz 1 Satz 3 nach dem Muster der oben zu Beginn genannten Formulierung neu gefaßt (wobei der letzte Satz über die Kunst entfällt).

Der Wissenschaftsausschuß lehnte mit der Koalitionsmehrheit den von der CDU vorgelegten Antrag (Drs. 12/1939) „Zukunftschancen für nachfolgende Generationen nutzen – Finanzierung des Hochschulbaus in NRW durch gebührende Priorität im Landeshaushalt 1998 sichern“ ab. Manfred Kuhmichel (CDU) erklärte, selbst nach Einschätzung der Ausschußvorsitzenden seien die vorhandenen Spielräume zu Umschichtung und Umverteilung im Wissenschaftshaushalt nicht genutzt worden. Darüber sollte im Ausschuß gemeinsam beraten werden, um frühzeitig für den Etat des kommenden Jahres Konsequenzen ziehen zu können.

Dietrich Kessel (SPD) entgegnete, in den Haushalten der letzten Jahre sei die Prioritätensetzung zugunsten von Wissenschaft und Forschung eindeutig zu erkennen, da gebe es keinen Nachholbedarf. Kessel erinnerte an finanzielle Entscheidungen des Bundes im Hochschulbau, die im Lande bei einzelnen Projekten zu Verzögerungen geführt hätten. Ingrid Fitzek (GRÜNE) betonte, daß die personelle Situation an den Hochschulen wesentlich durch den Bund und die CDU-geführten Länder bestimmt werde. Die nordrhein-westfälische CDU fordere Landesverantwortung für einen Bereich ein, für den in erster Linie der Bund verantwortlich sei, „das ist keine verantwortliche Politik“, urteilte sie.

## Milchfusion: Lösung auf Landesebene!

In seiner Sitzung am 19. Juni hat sich der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz des Landtags Nordrhein-Westfalen (Vorsitzender Heinrich Kruse, CDU) mit einem im Vormonat gefaßten Vorstandsbeschluß der Milchwerke Köln/Wuppertal e.G. über eine Kooperation mit dem niederländischen Unternehmen Campina Melkunie auseinandergesetzt.

Mit großer Sorge hat der Ausschuß zur Kenntnis genommen, daß die Fusionsverhandlungen mit den beiden westfälischen Genossenschaften Westmilch Milchunion (Everswinkel) und Milchwerke Westfalen (Herford) zu keinem positiven Ergebnis geführt haben.

In der Ausschußsitzung ist deutlich geworden, daß alle Fraktionen einer nordrhein-westfälischen Lösung den Vorzug geben. „Dies scheint uns zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen, der Wahrung der nordrhein-westfälischen Verbraucherinteressen und im Interesse unserer Milchproduzenten unerläßlich“, heißt es weiter in einem vom Ausschuß verfaßten Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Milchwerke Köln/Wuppertal e.G., Roetger Belke-Grobe.

Da der Aufsichtsrat und die Vertreterversammlung der Milchwerke Köln/Wuppertal e.G. noch in diesem Monat über das weitere Schicksal der Molkereigenossenschaft entscheiden wollen, hat der Ausschuß dem Vorstandsvorsitzenden seine Gesprächsbereitschaft angeboten, nach Lösungen zu suchen, die eine Fusion mit den beiden westfälischen Genossenschaften noch möglich machen.



„Mister Sport“ ist in den Ruhestand gegangen – Ministerialdirigent Johannes Eulerling (r.), langjähriger Leiter der Sportabteilung im Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport (MSKS) und im früheren Kultusministerium, wurde Mitte Juni vom Vorsitzenden des Sportausschusses, Uwe Herder (l.) mit einem Geschenk verabschiedet. Mit von der Partie: Sportministerin Ilse Brusis (M.). Foto: Schäffe

## Verbände geben ihre Stellungnahmen zum Landeswaldbericht 1996 ab

### Nur im Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie haben die Wälder eine Zukunft

Der Landeswaldbericht, den die Landesregierung für das Jahr 1996 (Drs. 12/1576) vorgelegt hat, stand im Mittelpunkt einer Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter dem Vorsitz von Heinrich Kruse (CDU). Mitte Juni bot sich im Plenarsaal des Landtags Waldbesitzern, Naturschützern, Jägern und Sprechern der in der Forstwirtschaft Tätigen Gelegenheit, ihre sachverständige Stellungnahme zu Lage und Entwicklung der nordrhein-westfälischen Forstwirtschaft den Ausschußmitgliedern darzulegen.

Der neugewählte Präsident des Waldbauernverbands NRW, Dietrich Graf von Nesselrode, sprach sich nachdrücklich dafür aus, die Nachfrage und den Absatz heimischen Holzes und der daraus gewonnenen Produkte zu verbessern, schließlich stammten 90 Prozent der Einnahmen der Forstwirtschaft aus dem Holzverkauf. Dazu nannte der Sprecher eine ganze Reihe von Maßnahmen: Die Gründung von Fördervereinen, Einführung eines Herkunftszeichens und Unterstützung der Bemühungen zur Ansiedlung einer Halbzellstoffanlage in Hagen, die besonders die Vermarktung von Schwachholz beflügeln würde. Die von den Naturschutzverbänden propagierte Zertifizierung von Forstbetrieben lehnte Nesselrode für seinen Verband und für den Staatswald ab, denn so etwas würde „das Einfallstor öffnen für das Auseinanderbrechen der sehr guten Zusammenarbeit in der Holzvermarktung“. Weitere Absatzchancen seien in der chemischen Industrie („Lignin“) und beim Einsatz eines Mixes aus Industrierestholz, Altholz und Waldrestholz als CO<sub>2</sub>-neutraler Energieträger. Zur Eindämmung der Waldschäden seien die Bemühungen um Luftreinhaltung zu verstärken, vor allem der Eintrag von Stickoxiden durch den Verkehr sei zurückzuführen. Wunsch der Waldbesitzer sei eine kostenlose, flächendeckende Waldbodenkalkung: Sie, die für die Ursache der Waldschäden keine Verantwortung trügen, müßten oft ihren gesamten forstwirtschaftlichen Ertrag in die Reparatur des Waldes einsetzen – und das bei geringeren ökonomischen Ergebnissen, weil unter dem Schadstoffstreß viele Bäume nicht mehr so alt und damit nicht so ertragreich würden. So brauche eine Eiche eigentlich sechs bis sieben Menschengenerationen zur Reife, „heute macht sie aber schon nach drei Generationen schlapp“.

Dr. Ralf Faber, Sprecher des Waldbesitzerverbands der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, unterstrich ebenfalls die wirtschaftlich schwierige Situation der kommunalen Forstwirtschaft, verursacht durch den Verfall der Holzpreise, die deutlich gestiegene gesellschaftliche Bedeutung der Schutz- und Erholungsfunktion vor allem an Ballungsgebieten angrenzender Wälder und durch neuartige Waldschäden, für die immer noch nicht eine Ausgleichsregelung geschaffen worden sei. Dies müsse aber geschehen, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, weiterhin verstärkt am Aufbau stabiler Wälder zu arbeiten. Bis es dahin gekommen sei, müßten Maßnahmen zur Verringerung der Schadbilder, etwa die Bodenschutzkalkung, verstärkt gefördert werden, erklärte Faber und schloß die Forderung nach verstärkter Förderung des nachwachsenden Rohstoffes Holz im Bau-

und Energiebereich an. Zum Erhalt des Waldes für künftige Generationen sei generell die Leistungsfähigkeit kommunaler Forstbetriebe, die immerhin für fast ein Fünftel der gesamten Waldfläche des Landes verantwortlich seien, zu erhalten und zu stärken.

Der Landkreistag NRW erklärte durch seinen Sprecher Dr. Alexander Schink, man begrüße das Instrument des Vertragsnaturschutzes, mit der Einschränkung allerdings, daß damit ein gesetzlicher Naturschutz nicht überflüssig werde. Die mit den Waldbesitzerverbänden abgeschlossene „Warburger Vereinbarung“ setze auf einvernehmliche Lösungen; wo die aber nicht erzielt werden könnten, müsse dennoch ein Grundschutz zu gewährleisten sein. Was die Neuorganisation der Landesforstverwaltung angehe, so sei der Abbau staatlicher Sonderverwaltungen sicherlich zu be-

schaftswäldern („Profitwälder“) da zu erfüllen. Dieser angestrebte Umbau erfordere Eingriffe, die wirtschaftlich nur dann seien, wenn eine betriebsnahe Nutzung erfolgen könne, etwa durch neue Möglichkeiten der Holzverwertung, wie sie das geplante Werk in Hagen biete. Gerbaulet schloß mit der Aufforderung, daß die Landesforstwirtschaft Ökologie und Ökonomie in der Lage sei zu versöhnen, dann sollte aber an den „marginalen“ Mitteln für den Wald nicht gespart werden.

Die Waldarbeit sei von zentraler Bedeutung in einer naturnahen Waldwirtschaft, stellte Erhard Schroll von der Interessengemeinschaft Zugpferde fest. Er sprach sich für den verstärkten Einsatz von Holzrückeperden bei der Waldarbeit aus. Übertechnisierte Holzerntesysteme seien zu teuer, vernichteten Arbeitsplätze und übten hohen Druck auf die Holzpreise aus. Die Kombination Pferd/Maschine sei in vielen Fällen die Ideallösung. Der Pferdeeinsatz sei ein direkter Beitrag zum Umweltschutz, fördere und erhalte Arbeitsplätze vor allem in schwach strukturierten ländlichen Räumen. Die in den letzten Jahren gesunkenen Mittel für den Pferdeeinsatz müßten wieder angehoben und den Pferderückern direkt zur Verfügung gestellt werden.

Gerhard Naendrup von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald nannte das weiter wachsende Verkehrsaufkommen eine „ökologische Zeitbombe“. Die Waldkalkung sei



Monokulturen – hier im Bild Fichten – stellen nicht den Schlüssel zum Erhalt des Waldes und zu einer naturnahen Waldwirtschaft dar. Gemischte Wälder sind vitaler und bieten mehr Tieren und Pflanzen Lebensraum. Darum soll auf mittlere Sicht der Anteil der Laubhölzer am Wald auf Kosten des Nadelholzes von derzeit 45 auf 55 Prozent der gesamten Waldfläche des Landes gesteigert werden.

größen; es sei aber auch in diesem Fall zu überlegen, ob die Änderung nicht in den größeren Rahmen der Verwaltungsstrukturreform einzubetten wäre, gab er zu bedenken.

Rudolf Gerbaulet von der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) fand, es sollte eine waldbauliche Offensive zum Umbau unserer Wälder gestartet werden, um die vorhandenen instabilen Waldökosysteme in gemischte, strukturreiche Bestände zu verwandeln. Die ANW sei dafür, Wälder in die Lage zu versetzen, ihre Nutz- und Schutzfunktionen auf einer Fläche und nicht getrennt in Reservaten („Urwälder“) hier und naturfernen Wirt-

zu fördern, denn sie stoppe die Versauerung der Böden und stabilisiere das Wald-Ökosystem. Wichtig sei auch die Absatzförderung von Schwachholz, hier spiele das geplante Werk in Hagen eine große Rolle. Es verbessere den Absatz von Schwachholz und die ökologische Bilanz, da es Holz verwerte, das durch Pflegeeingriffe geerntet wird.

Der Bund Deutscher Forstleute setzte sich mit seinem Sprecher Burkhard van Gember kritisch mit der Neuorganisation des Landesforstverwaltung auseinander. Die angekündigte Überprüfung sei einzufordern, notfalls müßten Korrekturen vorgenommen (Fortsetzung Seite 16)

## Landeswaldbericht...

(Fortsetzung von Seite 15)

werden, erklärte er und nannte die Eingliederung der Forstabteilung der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) in die Landesforstverwaltung einen Fehler, der nicht ausgesessen, sondern ausdiskutiert werden müsse.

Ulrich Gießelmann von der Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) war ebenfalls dagegen, den ab dem Jahr 2000 geplanten Abbau von 36 Stellen im Revierdienst zu vollziehen, hier handele es sich schließlich um eine „tragende Säule der Landesforstverwaltung“. Personalabbau bedeute letztlich das Aus für die Zukunftsperspektive des Konzepts „Wald 2000“, das als Verpflichtung für den Staatswald (und Empfehlung für den Körperschaftswald) als Anregung in den Privatwald getragen werden solle. Das Gegenteil von Abbau müsse der Fall sein: Im Interesse der propagierten naturnahen Waldwirtschaft müsse die Arbeit in den Forstämtern und -revieren gestärkt und in der Kompetenz verbessert werden. Dazu sei neben der Sicherung von Flexibilität und Weiterbildung der Personalstand in der Landesforstverwaltung zu halten und aufzustoßen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz, der Naturschutzbund Deutschlands und die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt hatten als Sprecher Dr. Wolfhard von Boeselager entsandt. Er verlangte zuerst, den Naturschutz im Landeswaldbericht stärker zu berücksichtigen und auch die erkennbaren Defizite wie die Zerschneidung des Waldes, Wegebau, Entwässerung und Maschineneinsatz anzusprechen. Das nächste Mal sollten die Naturschutzverbände beim Waldbericht beteiligt werden, verlangte er und forderte ihre Berücksichtigung ebenfalls beim Vertragsnaturschutz, „alles andere wäre gesetzeswidrig“. Wenn der zunehmende Erholungsverkehr die Natur störe, dann seien als Folgerung nicht die Menschen aus diesem Bereich herauszuhalten; vielmehr sollte die Umweltpädagogik stärker gestützt werden, damit die Menschen die Belange der Natur besser kennenlernten. Er schloß mit der Mahnung nicht zu vergessen, Forstwirtschaft und Naturschutz säßen in einem Boot, „aber nur mit dem Paddel Wirtschaft zu arbeiten, führt bloß im Kreis herum und nirgendwohin“.

Professor Dr. Wolfgang Gerß vom Beirat Oberste Landschaftsbehörde trug die Überzeugung vor, eine umweltverträglich wirtschaftende Land- und Forstwirtschaft sei zur Erhaltung und Rückgewinnung einer vielfältig strukturierten Landschaft und zur Sicherung des Naturhaushalts notwendig. Das heiße aber, „daß die Gesellschaft den einkommens- und eigentumsrelevanten Beitrag zur Umwelt- und Ressourcensicherung finanziell ausgleicht“. Naturschutz sei allein nicht durch Gesetze und Vollzugsbehörden sicherzustellen, sondern erfordere die Einsicht der Betroffenen; die Anforderungen des Naturschutzes an die Forstwirtschaft setzten deren ökonomische Tragfähigkeit voraus.

Auf die starke Versauerung der Waldböden machte von der LÖBF Professor Dr. Albert Schmidt aufmerksam. Waldbesitzer und Forstverwaltung müßten selbst handeln und dafür sorgen, daß die Waldkalkung statt für das bisherige Drittel auf Dreiviertel der Waldfläche ausgedehnt werde — auch als Maßnahme für den Ressourcenschutz

(Grundwasser). Bei der angestrebten Waldvermehrung dürfe eine positive Flächenbilanz nicht darüber hinwegtäuschen, daß in waldarmen Gebieten des Landes Wald immer noch abgebaut werde; hier sollten besondere Anstrengungen zur Waldvermehrung unternommen werden, etwa durch die verstärkte Aufforstung von Industriebrachen, wie sie im Emschergebiet anzutreffen seien. Das Ziel, den Anteil der Waldfläche von derzeit 26 auf 30 Prozent anzuheben, sei nur durch zusammenhängende Aufforstung zu erreichen.

Die beiden Jagdverbände, der Landesjagdverband NRW (LJV) und der Ökologische Jägerverein, äußerten sich zur Rolle des Wildes im Ökbiotop Wald und zu den menschlichen Eingriffen durch Hege und Bejagung. Während LJV-Sprecher Freiherr von Fürstenberg eine Ausgrenzung der Menschen im Forst ablehnte, aber „Lenkungsmaßnahmen“ in der Nähe von Ballungsgebieten für unumgänglich hielt, urteilte Jürgen Oppermann: „Das Wild wird nicht durch Besucher, sondern durch die



Wälder haben neben der Erholungsfunktion auch eine pädagogische Aufgabe, weil fast spielerisch junge Menschen auf natürliche Zusammenhänge hingewiesen werden können. Information und Kenntnis sind gute Garantien dafür, daß das Ökosystem Wald nicht gedankenlos überstrapaziert wird.

Fotos: Kamp

Jäger gestört.“ Die gesetzlich geforderte Anpassung des Wildbestands müsse beachtet werden und die Kontrolle darüber nicht allein den Jägern überlassen bleiben, oder ob, wie er fragte, „der Fuchs weiterhin die Hühner im Stall zählen soll?“ Fürstenberg: Man sei schon einen Schritt weiter, „wenn wir uns einig sind, daß alle Beteiligten sich als Gäste fühlen und benehmen und so behandelt werden“.

Hermann Wegelt wies für den Verband der Säge- und Holzindustrie auf die Abhängigkeit der Absatzmöglichkeiten für Holz von der konjunkturellen Situation in der Bauindustrie hin, die zwei Drittel des erzeugten Schnittholzes abnehme. Das restliche Drittel werde vor allem in der Verpackungs- und Möbelindustrie abgesetzt. Um die Absatzmärkte für Holz im Lande zu sichern und zu erweitern, schlug Wegelt unter anderem vor, die Landesbauordnung in Hinblick auf mehrgeschossige Bauten in Holzbauweise zu ändern und Hilfe bei der Erstellung von Ökobilanzen zu gewähren, um die ökologischen Vorteile von Holz gegenüber Konkurrenzprodukten zu verdeutlichen. Die wirtschaftliche Lage der Sägewerke als Zulieferer

der Möbelindustrie habe sich drastisch verschlechtert, nur im Bereich hochwertigen Schnittholzes (Buche und Ahorn) sei der Absatz zufriedenstellend zu nennen; ein weiterer Punkt sei, daß zunehmend Vollholz von MDF-Platten und verleimte Vollholzplatten ersetzt werde. Da die Sägewerke auf den laufenden Absatz von Sägebenebenprodukten angewiesen seien, begrüße man die Errichtung eines Zellstoffwerkes und plädiere dafür, die thermische Verwertung dieser Nebenprodukte voranzutreiben. Dafür müßten unter anderem die behördlichen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

## Zahlen zum Wald

„Die wirtschaftliche Lage der privaten Forstbetriebe ist unbefriedigend. Zusätzlich zu strukturellen Problemen haben die Folgen der Stürme von 1990 zu großen Holzmarktstörungen geführt. 1991 haben die Reinerträge der Forstbetriebe (Auswertung Forstlicher Betriebsvergleich Westfalen-Lippe) minus 51 Mark je Hektar. Erst 1995 konnten wieder geringe positive Reinerträge (48 Mark je Hektar) erwirtschaftet werden. 1996 gingen die Reinerträge wieder drastisch zurück auf 19 Mark je Hektar. Die Bruttoholzerlöse waren 1996 mit durchschnittlich 88 Mark je Erntefestmeter elf Mark niedriger als 1985. Hoch belastet wurden die Betriebe durch Verwaltungskosten, die mit 261 Mark rund 44 Prozent des Gesamtbetriebsaufwandes (598 Mark je Hektar) ausmachten. Die Fixkosten je Hektar sind mit 55 Prozent an den Gesamtkosten sehr hoch. So ist Rationalisierung schwierig.“

(Aus der schriftlichen Stellungnahme des Waldbauernverbandes NRW)

„Der Kommunalwald des Landes NRW hat — bedingt durch seine Lage im Nahbereich der Städte — in besonderer Weise die Schutz- und Erholungsfunktionen zu erfüllen. Seine Leistungen, zum Beispiel für den Wasserhaushalt, den Erosionsschutz und das Klima erlangen immer größere Bedeutung. Auch das Interesse der Bevölkerung an diesen ‚Sozial- bzw. Infrastrukturleistungen‘ des Waldes wächst zunehmend. Da die Freizeit der Bürger ständig zunimmt, drängen sie in dieser Zeit mit den verschiedensten Aktivitäten — verständlicherweise — in die Wälder und suchen dort Erholung. Die aus diesen Schutz- und Erholungsfunktionen resultierenden finanziellen Belastungen der kommunalen Waldbesitzer durch Mehraufwände und Mindererträge werden in einer Untersuchung der Universität München für das Jahr 1989 in den alten Bundesländern auf 63 Mark/ha beziffert, gefolgt vom Staatswald mit 52 und dem Privatwald mit 25 Mark. Bei diesen Beträgen handelt es sich um Durchschnittswerte, die je nach Lage und Struktur des Kommunalwaldes (insbesondere in der Nähe von Ballungszentren und Großstädten) deutlich überschritten werden.“

(Stellungnahme des Waldbesitzerverbandes der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften)

## Migrationsausschuß informiert sich über Zuwanderung nach Berlin und Brandenburg

# Einheimische werten den Zuzug von Aussiedlern als Entwicklungschance

*Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten des Landtags Nordrhein-Westfalen hat Ende Mai eine Informationsreise nach Berlin und in das Land Brandenburg durchgeführt. Der Berlin-Besuch stand unter dem Thema „Berlin: Metropole zwischen Ost und West – Integration und Zuwanderung“. Gesprächspartner am ersten Tag waren die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, die Obleute des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Migration des Berliner Abgeordnetenhauses; ein Besuch im Haus der Kulturen der Welt schloß sich an. Am Tag darauf standen Termine im Institut für Vergleichende Sozialforschung beim Europäischen Migrationszentrum sowie ein Besuch der Jüdischen Gemeinde zu Berlin auf dem Programm. Der letzte Tag der Informationsreise schließlich widmete sich an Ort und Stelle der Information über die Aussiedler-Ansiedlung in Niedergörsdorf im Land Brandenburg.*

Die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John, stellte den Mitgliedern des Landtagsfachausschusses ihre Arbeit dar und beantwortete Detailfragen. Zum Hintergrund: In Berlin wurde bereits 1981 die Ausländerbeauftragte berufen. Damit war Berlin bundesweiter Vorreiter auf diesem Gebiet. Von den knapp 30 Mitarbeitern/innen in der Behörde in Berlin sind acht selbst Migranten/innen. Die Hauptaufgabe der Berliner Aussiedlerbeauftragten liegt darin, die Grundsatzfragen der Migrations- und Integrationspolitik des Senats von Berlin zu gestalten, mit den Ressorts abzustimmen und die Arbeit zu koordinieren. Die Akzeptanz bei den anderen Verwaltungen ist nach Darstellung von Barbara John gewährleistet. In Berlin leben rund 420 000 Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dies sind 12 Prozent der Bevölkerung, bundesweit beträgt der Anteil etwa acht Prozent. Über die Hälfte ist bereits hier geboren oder hier aufgewachsen.

In einer ausführlichen Gesprächsrunde mit dem Ausschuß für Gesundheit, Soziales und Migration des Berliner Abgeordnetenhauses, der in dieser Zusammensetzung erst im Mai dieses Jahres seine Arbeit aufgenommen hat, erfolgte ein ausführlicher Meinungs- und gegenseitiger Informationsaustausch. Neben der Vorsitzenden beteiligten sich auch die Sprecher des Fachausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses. Zu Beginn der Planungen für diese Informationsreise existierte noch ein Ausschuß für „Ausländerangelegenheiten“. Auf die entsprechende Frage von Oliver Wittke (CDU) wurde verdeutlicht, daß der Übergang des ehemaligen Ausschusses für Ausländerangelegenheiten in den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Migration Anfang Mai im Rahmen einer allgemeinen Parlamentsreform erfolgt sei. Im Unterschied zum NRW-Fachausschuß hat der Ausschuß in Berlin keine Kompetenz im Zuge der Haushaltsberatungen.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten, Christiane Bainski (GRÜNE), verdeutlichte ihre Position, daß eine emanzipatorische Politik als Querschnittsaufgabe gebündelt und nicht auf viele Felder aufgeteilt erfolgen sollte. Wert legte sie auch auf die Feststellung, daß der NRW-Fachausschuß – auf parlamentarischer Ebene – auch die Funktionen mit wahrnehme, die die Ausländerbeauftragte in Berlin habe. Der Berliner Abgeordnete Roland Bartel (SPD) wünschte sich für die

aktuelle Arbeit des Ausschusses in Berlin eine Kontinuität im Austausch mit der Wissenschaft.

In der Gesprächsrunde in Niedergörsdorf konnten die massiven Veränderungen verdeutlicht werden, die auf die Gemeinde Niedergörsdorf und ihre Bevölkerung mit der Ansiedlung von Aussiedlern zugekommen sind und noch zukommen werden. Niedergörsdorf liegt in der Nähe von Jüterbog, rund 60 Kilometer südlich von Potsdam. Die Gemeinde besteht aus sechs Ortsteilen mit insgesamt knapp 2 000 Einwohnern. Der im Zuge der Aussiedleransiedlung neu besiedelte Ortsteil „Flugplatz“ hatte bereits im Juli 1996 an die 800 Einwohner, von denen rund 500 Spätaussiedler waren. Ausgangspunkt für das Projekt war eine Initiative der mennonitischen Umsiedlerbetreuung. Das vollständig entvölkerte und brachliegende Kasernengelände der früheren sowjetischen Truppen kam als sogenannte Konversionsfläche in Frage.

Insbesondere von Karin Hussing (CDU) wurde die mögliche Gefahr einer Ghetto-Bildung angesprochen. Der Amtsdirektor von Niedergörsdorf betonte jedoch, daß versucht werde, Einheimische miteinzubeziehen und preisgünstigen Wohnraum durch den Investor anzubieten. Neben einem bis zur Ansiedlung negativen Bevölkerungssaldo haben die großen ehemals militärisch

genutzten Flächen den Ausschlag für die Unterstützung der Aussiedleransiedlung gegeben. Von den Einheimischen seien die Aussiedler als Chance für den Fortbestand und die Entwicklung der Region gesehen worden. Auch sozialen und schulischen Einrichtungen wurde erst durch die Ansiedlung eine Zukunft gegeben. In den Jahren 1992 bis 1996 mußten dort zum Beispiel noch vier Kindergärten im Amtsbereich wegen des Bevölkerungsrückgangs geschlossen werden. Vera Dedanwala (SPD) nannte das Projekt mutig und wünschte den Initiativen guten Erfolg. Es bleibe abzuwarten, ob die Aussiedler auf Dauer Niedergörsdorf als Heimat annehmen. In jedem Falle müßten dringend durch Strukturmaßnahmen neue Arbeitsplätze für die Menschen entstehen.

*Frank Schlichting*

## Rau führt seit 20 Jahren die SPD-Landespartei

In einer Kampfabstimmung um den SPD-Landesvorsitz setzte sich am 25. Juni 1977 der damalige Wissenschaftsminister Johannes Rau gegen den Favoriten Professor Dr. Friedhelm Farthmann im zweiten Wahlgang durch. Dank einer viertelstündigen brillanten Rede gewann Rau die Stichwahl mit drei Stimmen Mehrheit. Unter seiner Führung errang die nordrhein-westfälische SPD in zwei Jahrzehnten dreimal bei Landtagswahlen die absolute Mehrheit. Die Sozialdemokraten feierten am vergangenen Mittwoch in der Essener Zeche Zollverein das 20jährige Jubiläum von Johannes Rau als Landesvorsitzender. Die Festrede hielt der SPD-Bundesvorsitzende Oskar Lafontaine. Für den heutigen Ministerpräsidenten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes steht im nächsten Jahr ein weiteres Jubiläum an. Am 21. Juli 1998 wird der Regierungschef 40 Jahre lang dem Düsseldorfer Landtag angehören.



*Die nordrhein-westfälischen Gäste im Büro der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John (sechste v. r.): Georg Gregull, Willi Zylajew, Oliver Wittke, Karin Hussing (alle CDU), Frank Sichau (SPD), Dr. Hisham Hammad, Ausschußvorsitzende Christiane Bainski (beide GRÜNE), Vera Dedanwala, Gisela Gebauer-Nehring (beide SPD) und MAGS-Ministerialrätin Köhler-Büssow (von rechts).*

*Foto: M. Hohlmann*

## Migrationsausschuß

# Zeitungen aus der Türkei prägen entscheidend das Deutschland-Bild

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten (Vorsitzende Christiane Bainski, GRÜNE) hat Mitte Juni im Essener Saalbau aus Anlaß der hier stattfindenden Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) „Gemeinsam gegen Rassismus – Ansätze antirassistischer Arbeit“ eine auswärtige Sitzung abgehalten. So hatten die Ausschußmitglieder vor und nach dieser Sitzung Gelegenheit, an dieser Fachtagung teilzunehmen. Am Nachmittag fand eine Podiumsdiskussion statt, an der die Sprecherin und Sprecher der Fraktionen im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten teilnahmen. An dieser Podiumsdiskussion beteiligten sich auch Tayfun Keltok, der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW (LAGA), sowie Staatssekretär Dr. Karl Pröbsting vom MAGS.

In Sitzung befaßten sich die Mitglieder des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten mit fremdsprachlichen Sendungen der ARD und der Darstellung Deutschlands in hier erscheinenden türkischen Zeitungen. Thomas Roth, der Hörfunkdirektor des Westdeutschen Rundfunks (WDR), gab den Ausschußmitgliedern Zusatzinformationen zu der aus seiner Sicht sehr komplexen Materie. Er betonte, der WDR sei in allen Fragen, die fremdsprachliche Programmteile betreffen, bekanntermaßen sehr engagiert. So habe der Sender wiederholt eigene Studien zu diesem Thema in Auftrag gegeben, da die E.M.A.-Studien (E.M.A. = Elektronische Medien-Analyse) nämlich die nicht-deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht erfaßten. Er führte aus, daß zwei Anstalten in der ARD die Beteiligung an fremdsprachlichen Sendungen gekündigt haben. Der Ausstieg dieser beiden Anstalten gefährde die Finanzierung stark. Das Ergebnis eines Treffens einer Arbeitsgemeinschaft aus den fünf verbliebenen Hörfunkanstalten stelle sich auch uneinheitlich dar. Die meisten sehen ein dringendes Reformbedürf-

nis, der Bayerische Rundfunk befürworte gar keine Reformen. Thomas Roth forderte eine zügige Umstrukturierung, um die Akzeptanz der fremdsprachlichen Programme zu erhöhen. Er könne sich etwa ein bilinguales Programm bis in die Abendstunden hinein vorstellen. Dabei sollten auch deutsche Hörer einbezogen werden.

Oliver Wittke (CDU) bat den Hörfunkdirektor, seine Reformvorstellungen schriftlich zu formulieren. Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) bekam von Roth auf die Frage, was die Landespolitik zur Unterstützung von Reformen leisten könne, die Antwort, daß vor allem bei der Diskussion um Frequenzen die Politik gefordert sei und diese gesellschaftspolitische Entscheidung zu treffen habe. Erwähnung fand auch die vom SFB 4 „Radio Multi Kulti“ geleistete Arbeit. Er legte Wert auf die Feststellung, daß für ihn und den Westdeutschen Rundfunk kein Ausspielen von fremdsprachlichen Sendungen gegen Kulturprogramme (zum Beispiel Hörspiele) in Frage komme. Es käme aber die Beantragung einer kleinen Frequenzkette bei der Landesrundfunkanstalt in Frage.

Der WDR-Sprecher stellte fest, daß aus seiner Sicht eine Zusammenarbeit mit der BBC oder RAI vorstellbar sei. Dies wäre aber nur akzeptabel, wenn eine solche Zusammenarbeit auf dem Niveau des jetzigen ARD-Standards erfolge. Eine Zusammenarbeit mit türkischen Sendern unter Beteiligung und Finanzierung von privaten Geschäftsleuten lehne er ab.

Im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten bestand der gemeinsame Wunsch, zu einer Sitzung nach der Sommerpause auch den Fernsehdirektor des WDR einzuladen. Staatssekretär Dr. Karl Pröbsting (MAGS) berichtete zu dem Thema „Darstellung Deutschlands in hier erscheinenden türkischen Zeitungen“ unter Hinweis auf die Auswertungen türkischer Zeitungen, die wöchentlich im Zentrum für Türkeistudien im Auftrag der Staatskanzlei erstellt werden. So könne man grundsätzlich sagen, daß Berichte, die „aus der Türkei herausgeschrieben“ werden, in der Tendenz stärker

ausgrenzend und einseitiger formuliert seien. Die türkischsprachlichen Zeitungen verstünden sich als eine Art Wächter türkischer Interessen in Deutschland. Alles in allem sei die Berichterstattung, sofern sie einseitig und zum Teil auch offensichtlich falsch sei, keine Förderung der Integrationspolitik. Als Konsequenz formulierte der Staatssekretär, daß die Art und Weise der Berichterstattung in jedem Falle nicht ignoriert werden solle und könne. Die erwähnte Auswertung der Tagespresse müßte aus seiner Sicht eine größere Verbreitung erfahren. Die Auflagenstärke der hier in Deutschland erscheinenden türkischsprachlichen Zeitungen ist mit einer Auflagenhöhe von 220 000 schon deshalb bedeutsam, da in der gesamten Türkei die Tagespresse nur eine Auflagenhöhe von 650 000 Exemplaren habe. In Deutschland wie in der Türkei sei aber davon auszugehen, daß eine Zeitung mehrfach gelesen werde.

## Kein gemeinsamer Entschließungsantrag

Am 11. Juni hat sich der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge mit dem Antrag der Fraktion der CDU „Frauen und Sucht: Prävention und Therapie verbessern“ (Drs. 12/1618) befaßt. In Verbindung damit wurde auch über den Entschließungsantrag von SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Prävention, Beratung und Therapie für suchtkranke Frauen ausbauen und sichern“ (Drs. 12/2109) abschließend beraten und abgestimmt. Der Antrag der CDU wurde mit den Stimmen der beiden anderen Fraktionen abgelehnt, der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN wurde mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

Zu dem Thema „Frauen und Sucht“ war im Oktober 1996 eine Expertenanhörung zusammen mit dem Ausschuß für Frauenpolitik durchgeführt worden.

Hermann-Josef Arentz (CDU) stellte fest, daß der von den Ausschußmitgliedern der Koalitionsfraktionen in der Sitzung vorgelegte Entschließungsantrag inhaltlich eine krasse Kehrtwende der bisherigen Drogenpolitik in Nordrhein-Westfalen bedeuten könne. Besonders kritisierte er die Erwähnung von „Fixerstuben“ und die Erwägung einer kontrollierten Heroinabgabe.

Vera Dedanwala (SPD) bedauerte, daß es nicht zu einem gemeinsamen Entschließungsantrag gekommen ist. Gerade die Drogenproblematik eigne sich aus ihrer Sicht nicht für einen Parteizwist. Angelika Gemkow (CDU) erkannte an, daß in den Entschließungsantrag auch viele gute Ansätze aufgenommen seien, kritisierte aber ebenfalls die bereits von ihrem Fraktionskollegen Arentz aufgezeigten Punkte. Der frauenpolitische Ansatz komme ihr in dem Entschließungsantrag der Koalition zu kurz. Horst Vöge (SPD) wehrte sich gegen die unterstellte Absicht einer möglichen Heroinfreigabe. Es könne sich nur um einen stark begrenzten Kreis der nicht mehr therapierbaren Abhängigen handeln, bei deren Betreuung auch neue Wege gangbar sein müßten. Keinesfalls werde von seiner Fraktion eine Heroinfreigabe auch nur in Erwägung gezogen.

15 Schülerinnen und Schüler im Alter von 17 und 18 Jahren aus St. Louis/Missouri sowie die gleiche Anzahl deutscher Mädchen und Jungen vom Gymnasium im Schulzentrum Holt-Hausen in Hattingen haben den Landtag besucht und sind von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (oben, 2. v. r.) empfangen worden. Die Partnerschaft und der jährliche Schüleraustausch zwischen den jungen Amerikanern und Deutschen bestehen seit 1978. Foto: Schälte



## Europa-Ausschuß will Ergebnisse des Amsterdamer Gipfeltreffens für NRW prüfen

Der Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik, Professor Dr. Horst Posdorf (CDU), sprach zu Beginn der Sitzung die Ergebnisse des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Amsterdam an, die damit am 16. und 17. Juni 1997 die Regierungskonferenz zur Reform des Maastrichter Vertrages beendeten. Um die Konsequenzen für den europäischen Integrationsprozeß und speziell für Nordrhein-Westfalen genau „unter die Lupe“ zu nehmen, beschlossen die Mitglieder am 3. Juli eine zusätzliche Ausschußsitzung.

Nach der Verabschiedung dieses Punktes berichtete der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Rüdiger Frohn, über die zu erwartenden Kürzungen im Bereich der Eine-Welt-Politik. Er betonte ausdrücklich, daß kein Programm und kein Projekt in diesem Politikbereich in seiner Substanz gefährdet sei. Vielmehr würde die Staatskanzlei dem Zwang zu Minderausgaben durch Sparreserven, das Anwerben privater Sponsoren und Sparmaßnahmen in der Verwaltung gerecht, so Rüdiger Frohn.

Der Nachtragshaushalt wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen. Im Anschluß an die Annahme des Nachtragshaushalts beschlossen die Ausschußmitglieder die Durchführung einer Anhörung zum Thema „Fünf Jahre nach Rio: Zukunftsfähige Perspektiven der Eine-Welt-Politik in NRW“.



Die CDU-Abgeordnete Dr. Annemarie Schrapf (r.) ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. In seiner Laudatio sagte der Präsident, es sei für ihn eine ganz besondere Freude, daß er wieder einmal eine Kollegin ehren dürfe, eine Frau, die mehr als Beruf und „Job“ gemacht habe, sondern die in vielen Bereichen, im Rahmen politischer Mandate ebenso wie im Ehrenamt, ihren Sachverstand und ihre Zuwendung anderen Menschen gegenüber eingebracht habe. Zum Werdegang der Abgeordneten berichtete der Präsident, sie habe 1954 in der DDR Abitur gemacht und das Zusatzabitur nach der Flucht in West-Berlin abgelegt. Es folgte das Studium der Geologie in Braunschweig und Hannover. Frau Schrapf habe dann bis 1990 als Lehrerin gearbeitet. 1969 in die CDU eingetreten, sei sie seit 1975 Mitglied des Rates der Stadt Krefeld. Von 1984 bis 1989 habe sie das Amt der 2. Bürgermeisterin innegehabt. 1990 sei sie in den Landtag gewählt worden. Nach den Worten des Präsidenten hat sie verschiedenen Ausschüssen angehört und gehört ihnen an, in der aktuellen Wahlperiode als ordentliches Mitglied dem Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung sowie dem Sportausschuß. Er wies darauf hin, daß Sport auch im Mittelpunkt ihres ehrenamtlichen Engagements stehe. So habe Annemarie Schrapf 1978 den Verein „Sport für betagte Bürger Krefeld e.V.“ gegründet, dessen Vorsitz sie übernommen habe und der inzwischen 2000 Mitglieder zähle. Darüber hinaus setze sie sich seit 1973 in verschiedenen Vorstandsfunktionen und jetzt als Vorsitzende des Arbeitskreises Krefelder Frauenverbände, einem Dachverband von 29 Verbänden und Gruppierungen, erfolgreich für dessen Belange ein.

Foto: Schälte



## Landtagspräsident ist neues Mitglied der „Teutonenriege“

Landtagspräsident Ulrich Schmidt ist der sogenannten „Teutonenriege“ beigetreten. Hinter diesem martialischen Begriff verbirgt sich ein höchst ziviler Verbund von wechselnd zwölf bis vierzehn SPD-Abgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe, die sich vor Jahren zu einer Parlamentsgruppe zusammengeschlossen haben, um in gewisser Weise ein Gegengewicht zu Rheinländern und den übrigen Westfalen zu bilden, die in der Mehrzahl sind. Die Mitglieder der „Teutonenriege“ haben das Image „fleißig, verlässlich und für Bürger ansprechbar“, und sie können sich in Geduld fassen. Das müssen sie auch, denn sie haben von allen Parlamentariern den weitesten Anmarschweg in die Landeshauptstadt Düsseldorf. Das Bild links zeigt v. l. n. r.: den SPD-Abgeordneten Manfred Böcker aus Augustdorf, Landtagspräsident Ulrich Schmidt und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD). — Eine Delegation der Agraruniversität Lettland mit dem Rektor Prof. Dr. Voldemars Strikis (2. v. l.), dem Prorektor Prof. Dr. Peteris Busmanis (6. v. l.) sowie der Leiterin des Auslandsamtes Prof. Dr. Inara Melgalve (4. v. l.) und ihrer Mitarbeiterin Inga Adama (5. v. l.) sind von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (3. v. l.) im Landtag empfangen worden (Bild rechts). Für die Einladung hatte der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter seinem Vorsitzenden Heinrich Kruse (4. v. r.) gesorgt, der die Bekanntschaft der Wissenschaftler vor einiger Zeit bei der Besichtigung von NRW-Projekten in Lettland gemacht hatte. Gemeinsam besuchte man anschließend die Bundesgartenschau in Gelsenkirchen. Ferner im Bild: Die Abgeordneten Eckhard Uhlenberg (CDU, l.), Marie-Luise Fasse, Werner Jostmeier (beide CDU, 3. u. 2. v. r.) und Eberhard Sohns (SPD, r.).

Fotos: Schälte

## Anhörung Reform der Mittelebene II

### Dreistufen-Verwaltung hat sich bewährt

Der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform setzte am 11. Juni die öffentliche Anhörung zur Reform der mittleren Verwaltungsebene beim Landschaftsverband Rheinland in Köln unter Leitung der soeben neu gewählten Vorsitzenden Renate Drewke (SPD) fort.

Gerlinde Hämmerle, Regierungspräsidentin von Karlsruhe, eröffnete die Vortragsreihe mit einem historischen Abriss der Reformbemühungen des baden-württembergischen Landtags, die in der Regel von der Opposition betrieben würden, wobei eigentlich immer noch alles beim alten geblieben sei. Sie verwies auch auf den Beschluß des Landtags von Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Abschaffung der dortigen Regierungspräsidenten bis zum Jahr 2007, meinte aber, bis dahin würde es noch viele Koalitionen geben. Man werde sehen, was dann übrig bleibe. In ihrem Lande soll ein Gutachter sagen, was auf der Ebene der Regierungspräsidenten — bei deren Erhalt — verändert werden könne. Die F.D.P. beharre auf einer 30prozentigen Personaleinsparung gemäß der Koalitionsabsprache, der Gutachter sehe aber maximal ein Einsparpotential von 25 Prozent. Die Crux bei allen Überlegungen sei: Die Aufgaben der Präsidiien seien nicht verändert worden, und diese seien so detailliert, daß es unmöglich erscheine, einen größeren Personalblock abzuschaffen. Sie glaube jedoch, daß bei ernsthafter Aufgabenkritik Einsparungen erzielt werden könnten. Im übrigen trug sie vor, sie halte

nichts von Sonderbehörden, da diese schnelle Entscheidungen blockierten. Eine Bündelungsbehörde hält sie für unverzichtbar.

Eckhard Wohlgehaben (Unternehmensberatung Mummert & Partner) hält den dreistufigen Verwaltungsaufbau in Nordrhein-Westfalen angesichts der Größe des Landes für angemessen. Auf der mittleren Ebene sei weder eine reine Fachverwaltung (mit Landesoberbehörden) noch eine Regionalverwaltung ideal, vielmehr müsse eine Mischverwaltung mit einer Organisationsform etabliert werden, die geeignet sei, die Nachteile einer Fachverwaltung zu unterdrücken und die Vorteile einer Präsidialverwaltung optimal zu nutzen. Dabei sprach er einigen Fachverwaltungen ihre Existenzberechtigung nicht ab. Die Regierungspräsidenten in Bayern hätten, anders als in NRW, keine Stellenhoheit. Der Vorschlag der CDU, Regionalpräsidenten mit Stellenhoheit und Vergaberecht von Fördermitteln auszustatten, gehe zu weit. Dies führe zwar zu einer schlanken Regierung, aber eine solche Machtverschiebung auf „Ministerpräsidenten der Regionen“ sei nicht vorstellbar und sicherlich auch politisch nicht gewollt.

Abschließend ging er auf die für ihn sichtbar gewordenen Schwachstellen bei KVR und den Landschaftsverbänden ein. Der regionale Zuschnitt sei nicht optimal, die Bezirksregierung oftmals nicht in der Lage, allumfassende Aufgaben wahrzunehmen, und die Aufgabenaufsplitterung, vor allem im planerischen und im Straßenbaubereich, sowie die Aufgabenverteilung seien falsch. Als Lösungsansatz empfahl er eine schlagkräftige Verwaltung, aber keine allzuständige Mammutbehörde. Ob Dreier- oder Fünferlösung bei einer Regionalverwaltung sei gleich, notwendig vor allem eine vernünftige Gliederung der Regionen. Die Landschaftsverbände sollten dann nicht mehr in übergreifende Planungsprozesse eingreifen können, sie blieben immer noch Landeswohlfahrtsverbände.

Axel Koetz (Unternehmensberatung Kienbaum) trug vor, nach seinen Erfahrungen in Rheinland-Pfalz führe ein Verzicht auf die Mittelinstanz nicht notwendigerweise zu einer Verschlinkung der Verwaltung, wohl aber zur Verkomplizierung. Zielvorstellung müsse die richtige Bündelung sein. Bei Fördermitteln hält er ein effektives Controlling durch die Bezirksregierungen für unverzichtbar. Ferner verhindere eine mittlere Ebene die Kirchturmspolitik mancher Kommunen. Nicht bündelungsnotwendig wären die Bereiche Schule und Polizei. Er ging sodann auf die mit einer parlamentarischen Begleitung der Aufgaben von Regionalverwaltungen nach dem Denkansatz der CDU und mit der Aufteilung des Landes in Regio- (Fortsetzung Seite 22)

## WestLB-Chef Neuber

### Mehr Kompetenz bei Wegfall der D-Mark

In seiner Sitzung am 12. Juni 1997 nahm der Haushalts- und Finanzausschuß unter der Leitung von Leo Dautzenberg (CDU) einen Bericht des Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Friedel Neuber (Foto), entgegen. Schwerpunkte des Vortrags waren das Jahresergebnis 1996 der WestLB, strategische Herausforderungen im Zusammenhang mit

der Bildung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes sowie Situation und Chancen der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf.

Zum Jahresergebnis 1996 führte Friedel Neuber aus, der Konzern verzeichne einen Anstieg der Bilanzsumme um 9,8 Prozent auf 470,8 Milliarden Mark sowie des Geschäftsvolumens um 12,5 Prozent auf 587,3 Milliarden Mark. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertungen konnte um insgesamt 3,6 Prozent auf rund 1,9 Milliarden Mark gesteigert werden. Von den Ertragskomponenten weise der Handelsüberschuß mit 59,2 Prozent oder rund 458,2 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr den stärksten Zuwachs aus. Die Entwicklung der Ertragskomponenten zeige den Anstieg des Handels- und Provisionsergebnisses. Daraus werde deutlich, wie groß die Bedeutung des Investment Banking für die Bank geworden sei, was zum einen ein allgemeiner Trend im deutschen Bankgeschäft sei, aber auch an den Investitionen der WestLB in dieses Geschäftsfeld liege. Die WestLB trage durch ihre Aktivitäten in diesem Bereich dazu bei, daß auch die Sparkassen und ihre Kunden Zugang zu allen relevanten Märkten erhielten. Innerhalb des Sparkassenverbundes suche ein zunehmendes Anlagepotential professionelle Verwaltung und Beratung. Durch die Einbindung der örtlichen Sparkassen in Börseneinführungen von z. B. mittelständischen Unternehmen könnten neue Aktionärskreise erschlossen werden.

Der Jahresüberschuß betrage 509,2 Millionen Mark. Damit werde das Ergebnis des Jahres 1995 um 4,4 Prozent gesteigert. Unter Berücksichtigung der zu zahlenden Ertragsteuern könne für das Jahr 1996 eine

Dividende von 6 Prozent auf das Stammkapital gezahlt werden.

Zur Einführung des EURO bekräftigte Neuber, die WestLB habe sich frühzeitig auf die technischen und geschäftspolitischen Aspekte der termingerechten Einführung eingestellt. Nach seiner Einschätzung werde der Kreis der Teilnehmerländer Anfang 1999 eher größer ausfallen. Mit dem Wegfall eines wichtigen Wettbewerbsvorteils deutscher Kreditinstitute, der D-Mark, werde eine Neupositionierung gegenüber den Konkurrenten aus den EU-Staaten, die an der Währungsunion teilnehmen, notwendig. Da sich gleichzeitig die Ansprüche der Kunden veränderten, gewinne die Produktkompetenz einer Bank weiter an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund habe die WestLB ihre Organisationsstruktur überprüft.

Die Börse Düsseldorf sei der zweitstärkste Börsenstandort in der Bundesrepublik Deutschland. Die WestLB sehe es als Verpflichtung an, die Börse Düsseldorf zu fördern und zu stützen. Sie habe jedoch die Kundenwünsche zu berücksichtigen, die teilweise den Handel über die Frankfurter Börse forderten. Ziel müsse für die Düsseldorfer Börse sein, den zweiten Platz in der deutschen Börsenlandschaft zu halten.

In Anschluß an den Vortrag beantwortete der Vorstandsvorsitzende Fragen u. a. von Helmut Diegel (CDU) zur Einschätzung der Zinsentwicklung im zweiten Halbjahr 1997 und ersten Halbjahr 1998, zur Diskussion über die Verschiebung des EURO und zu den Beteiligungen der WestLB. Winfried Schittges (CDU) fragte nach der Personalentwicklung der Bank, Ernst-Martin Walsken (SPD) nach der Beteiligung der WestLB an Überlegungen zum Thema Risikokapital und Peter Bensmann (CDU) nach der Zukunft der Präsenzbörsen. Silvia Winands



In Schweden gibt es zwei Ebenen für die kommunale Selbstverwaltung, nämlich die Gemeinde als lokale Verwaltungseinheit und den Provinziallandtag als regionale Einheit. Das 1992 in Kraft getretene neue Kommunalgesetz legt die Rechte und Pflichten für diese beiden Organe fest und garantiert ihnen die totale Freiheit auf dem Gebiet der inneren Organisation.

Die im kommunalen Selbstverwaltungssektor anstehenden Aufgaben können in zwei Gruppen eingeteilt werden: Aufgaben, die unter die allgemeine Zuständigkeit der Gemeinden und Provinziallandtage nach dem Kommunalgesetz fallen, und zweitens solche Aufgaben, die sich auf Spezialgesetze gründen. Aufgaben, die eine große Bevölkerungszahl betreffen, werden nach bisheriger Praxis von den Provinziallandtagen erledigt. Die Krankenpflege ist dafür ein typisches Beispiel.

Nach dem Kommunalgesetz sollten Gemeinden und Provinziallandtage solche Angelegenheiten von allgemeinem Interesse selbst erledigen, die eine Anknüpfung an das jeweilige Gebiet oder an deren Mitglieder haben und die nicht ausschließlich vom Staat oder einer anderen Instanz besorgt werden sollen. Aufgrund dieser allgemeinen Zuständigkeit erledigen die Gemeinden und Provinziallandtage Aufgaben in Bereichen wie Kultur, Freizeitaktivitäten, Straßen und Wege, Parks und Grünanlagen, Verkehr, Wasserversorgung und Kanalisation, Energieproduktion und Energieverteilung. In den letzten Jahren haben die Gemeinden auch bei gleichzeitiger besonderer Finanzierung durch den Staat eine ständig steigende Zahl von Flüchtlingen aufgenommen. Aus Jugoslawien wurden z. B. ca. 100 000 Kriegsflüchtlinge aufgenommen, die auch ein dauerhaftes gesetzlich verankertes Bleiberecht haben. In den ersten drei Jahren werden die anfallenden Kosten jeweils komplett vom Staat übernommen. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland dürfen die Flüchtlinge in Schweden von Anfang an einer Arbeit nachgehen. Allerdings haben von den 100 000 Kriegsflüchtlingen lediglich ca. 10 Prozent tatsächlich eine Arbeit gefunden. Als Beispiele für in Spezialgesetzen geregelte, meistens obligatorische Aufgaben wurden folgende Bereiche genannt: Schulunterricht, soziale Dienstleistungen, Städteplanung und Bauwesen, einige Umweltaufgaben sowie der Rettungsdienst für die Gemeinden, der Gesundheitsdienst und die Krankenpflege, die öffentliche Zahnpflege und die Behindertenfürsorge für die Provinziallandtage.

Das Schulwesen ist einer der größten und wichtigsten Aufgaben der Gemeinden. Sie sind zuständig für die neunjährige Grundschule als Pflichtschule für alle in Schweden wohnhaften Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 16 Jahren und für die Gymnasialschule, in die 90 Prozent aller älteren Jugendlichen gehen.

## Kommunale Selbstverwaltung in Schweden

Stockholm, Helsinki und Hämeenlinna/Finnland waren die wichtigsten Stationen einer sechstägigen Reise einer Kommission des Kommunalausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Friedrich Hofmann (SPD). In Stockholm informierte sich die Kommission über die Entwicklung der schwedischen Sozialgesetzgebung. Aus Gesprächen in der Deutschen Botschaft, mit dem Sozialausschuß des schwedischen Reichstags, im Innenministerium und mit Vertretern des Stockholmer Rathauses ergab sich ein informatives Bild.



Vor dem Reichstag in Stockholm (v.l.): Günter Baumann (Ausschußassistent), Sabine Loechner (Referentin der SPD-Fraktion), Josef Wilp (CDU), Friedrich Hofmann (SPD), Albert Leifert, Winfried Schittges, Günter Langen (alle CDU), Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Heinz Wirtz, Walter Grevener (SPD), r.: Jürgen Thulke (SPD).

Die Kinderbetreuung ist eine kommunale Aufgabe, die in den letzten 30 Jahren sehr stark gewachsen ist. Es gibt kommunale Kindertagesstätten und Tagesmütter, die mit kommunalen Zuschüssen kleinere Kinder ab 1 1/2 Jahren betreuen. Weiterhin gibt es eine Vorschule für alle Sechsjährigen, Freizeitheime für jüngere Schulkinder und andere Einrichtungen. Auch die Altenpflege ist eine sehr wichtige Aufgabe der Gemeinden. Über Art und Umfang der Altenpflege entscheiden die Kommunen in eigener Zuständigkeit. In diesem Rahmen stellen sie auch von ihnen beschäftigte Hauspflegerinnen und Hauspfleger zur Verfügung. Die Kommunen sind auch für spezielle Wohnungen für Ältere und Behinderte in Altenwohnheimen, für Gruppenwohnungen oder Altenheime, in denen Betreuung rund um die Uhr gewährleistet ist, zuständig.

Die Hauptaufgabe der Provinziallandtage ist die Krankenpflege. Abgesehen von einigen wenigen Privatkrankenhäusern werden alle Krankenhäuser in Schweden von Provinziallandtagen getragen.

Angesichts der umfangreichen Aufgaben der Kommunen und der Provinziallandtage stellt sich die Frage nach den dafür notwendigen Finanzmitteln. Die Summe der kommunalen Haushalte belief sich zuletzt immerhin auf umgerechnet ca. 100 Milliarden Mark, das entspricht ca. einem Fünftel des schwedischen Brutto sozialprodukts. Die größte Einnahmequelle der Gemeinden und Provinziallandtage ist mit ca. 55 Prozent zweifellos die direkt erhobene kommunale Einkommens-

steuer, die zu einem Drittel den Provinziallandtagen und zu zwei Dritteln den Kommunen zufließt. Grundlage dieser Steuer sind die Lohn- und Renteneinkommen natürlicher Personen. Die Gemeinden haben das Recht, die Steuersätze selbst zu bestimmen. Der durchschnittliche lineare Steuersatz beläuft sich zur Zeit auf ca. 32 Prozent des Einkommens. Weitere Einnahmequellen sind die staatlichen Zuwendungen (ca. 30 Prozent) sowie die kommunalen Gebühren (im Durchschnitt gut 15 Prozent). Seit 1996 werden diese Zuwendungen zu zwei Dritteln als pauschalierte Zuweisungen und zu einem Drittel als Zweckzuweisungen vergeben. Bei der Berechnung der auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Pauschalzuweisungen werden die Einwohner, die Einkommenssteuereinnahmen sowie die Kostenbelastung der entsprechenden Gemeinde berücksichtigt. Der Grundgedanke ist, daß die Zuschüsse generell verteilt werden sollen, wenn keine besonderen Gründe dagegensprechen. Dies gibt den Gemeinden und Provinziallandtagen größere Gestaltungsspielräume.

Die Tätigkeit der Gemeinden wird jedoch nach wie vor auf vielen Gebieten von der speziellen staatlichen Gesetzgebung gesteuert, und damit wird auch bestimmt, wie deren Mittel verwendet werden sollen. Die pauschalen Zuwendungen sollen dazu benutzt werden, sowohl Unterschiede in bezug auf die Besteuerungsgrundlagen der verschiedenen Gemeinden als auch strukturelle Kostenunterschiede auszugleichen. (weiterer Bericht folgt).



Der Unterausschuß „Personal“ führte am 11. Juni 1997 eine auswärtige Sitzung in der Oberfinanzdirektion in Düsseldorf durch. Er befaßte sich unter anderem mit der Personalstruktur und den neuen Entwicklungen in der Finanzverwaltung. V.l.: Wolfgang Welz (Leiter des Gutachterdienstes), Ausschußvorsitzender Peter Bensmann (CDU), Mareile Büttner (Gutachterdienst), Silvia Winands (Gutachterdienst), Hans-Georg Schröder (Gutachterdienst), Helmut Diegel (CDU), Rainer Lux (CDU), Elke Talhorst (SPD), Irmgard Mierbach (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE).  
Foto: Schälte

## Mittelebene ...

(Fortsetzung von Seite 20)

nen verbundenen Probleme ein. Koetz kam zu dem Schluß: Notwendig ist die Reduktion der Zahl der Behördeneinheiten. Diese Entscheidung darf aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Effizienz getroffen werden. Und: Die Ministerialebene ist von allen operativen Aufgaben zu entlasten.

Auch Prof. Dr. Peter J. Tettinger (Ruhr-Universität Bochum) stellte fest, der dreistufige Verwaltungsaufbau der staatlichen Verwaltung in NRW habe sich bewährt. Er ging sodann aus staatsrechtlicher Sicht auf den Ist-Zustand ein. So müsse eine Auflösung der Landschaftsverbände auch verfassungsrechtlich gewürdigt werden. Solange sie bestünden, müsse eine adäquate Aufgabenzuweisung gesichert bleiben. Bei zukünftigen Diskussionen solle auch die europäische Dimension nicht vergessen werden. Die regionale Selbstverwaltung auf der Ebene der Landschaftsverbände weise unmittelbare Konnexitäten zu dem sich herausbildenden Verständnis der Regionen auf Basis des EU-Rechts auf. Für die Zusammenfassung staatlicher, kondominialer und kommunaler Aufgabenerfüllung auf regionaler Ebene hält er mehrere Modelle für möglich, die Zuordnung einer Vertretungskörperschaft jedoch für bedenklich.

Rechtsanwalt Dr. Christoph Mecking (Stiftungsverwaltung Essen) trug folgende Thesen vor: Unter dem Aspekt der Bedeutung des Ruhrgebiets als Kern des Landes sei die Aufteilung der Regierungsbezirke und der Regionen für die Landschaftsverbände nicht optimal gelöst. Notwendig sei eine Institution mit Klammerwirkung. Durch die Überlagerung mehrerer Verwaltungen und den KVR (nach seinen Worten eine „Übermöblierung“ der Verwaltungslandschaft) bleibe die Einräumigkeit der Verwaltung geschwächt. Die Einheit und Einräumigkeit der mittleren Verwaltungsebene sei im regionalen Raum als Harmonisierungsvorgang zu betrachten. Nach den Kriterien der Verwaltungswissenschaften wären Effektivität und Integrationswert der Verwaltung zwei entscheidende Beurteilungsmaßstäbe. Der Integrationswert werde mit einem Raumgefühl verbunden. Der Raum sollte das Regionalbewußtsein der Menschen berücksichtigen. NRW habe keinen ausgeprägten Integrationswert. Kraftvolle Kompetenz und Einräumigkeit auf regionaler Ebene verbunden mit parlamentarischer Kontrolle sei geeignet, Regionalbewußtsein und Zusammengehörigkeit zu fördern. Harmonisierung und Parlamentarisierung wären nach Vorstellung des Kreismodells mit staatlicher und kommunaler Kompetenz realisierbar. Die Regionalverwaltung sei denkbar als kommunale Gebietskörperschaft mit staatlichen Elementen. Der Regionalpräsident solle mit Zustimmung der Landesregierung gewählt werden. Die Abgrenzung des Raumes müsse unter den grundgesetzlich bestimmten Merkmalen des Artikels 29 erfolgen. Dabei wäre den Räumen Rheinland, Westfalen-Lippe und Ruhrgebiet der Vorzug zu geben. Das Regionalmodell führe zu einer gestuften Ordnung mit mehr Transparenz. Bei alledem dürfe nicht der Blick auf Aufgabenkritik verstellt werden. Die Aufgaben der Landschaftsverbände sind zu arrondieren. Dr. Franz Vogt (Regierungspräsident von Unterfranken) begann mit der Darstellung der Koexistenz von 7 Bezirksregierungen und ebenso vielen Bezirkstagen (dritte

Stufe der Kommunalverwaltung) in räumlich deckungsgleichen Gebieten. Auch hier sei Strukturreform und Verwaltungsvereinfachung ein aktuelles Thema. Die sieben Regierungen hätten unlängst der bayerischen Staatsregierung 800 Vereinfachungs- und Privatisierungsvorschläge unterbreitet. Trotz neuer Aufgaben — weil auch die Ministerien sparen müssen und daher delegieren — sei er optimistisch, daß die erwartete 10prozentige Personaleinsparung (dies entspräche dem Personalbestand einer Regierung) erreichbar sei. Eingehend auf den Verwaltungsaufbau in NRW stellte er fest, daß diese nicht ähnlich, die Bedingungen in NRW eher komplizierter wären. Da er eine Mittelbehörde mit Bündelungsfunktion in einem Flächenland für notwendig hält, sei auch der CDU-Ansatz für eine Regionalverwaltung richtig. Durch die Mittelinstanz werde der Staat personifiziert und dem Bürger staatliches Handeln deutlich gemacht. Die Bündelung müsse schnelle Verfahren garantieren (Projektmanagement). Sonderbehörden hätten sich bei allen Reformbemühungen immer als sehr resistent erwiesen.

### Öffentliche Anhörung

#### „Fünf Jahre nach Rio“

Der Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik führt am Montag, 1. September 1997, von 10 bis 14 Uhr eine öffentliche Anhörung zum Thema „Fünf Jahre nach Rio: Zukunftsfähige Perspektiven der Eine-Welt-Politik in NRW“ durch. Nord-Süd-Beauftragter Dr. Lefringhausen wurde gebeten, die Anhörung einzuleiten.

Dr. Georg Simnacher (Bezirkspräsident Schwaben) schilderte als Repräsentant der dritten Stufe im Kommunalen Bereich das unproblematische Verhältnis zu den Bezirksregierungen. Der Bezirkspräsident werde aus der Mitte des Bezirkstages, die Mitgliedschaft aber direkt (nach Verhältniswahlrecht ohne 5-Prozent-Klausel) gewählt. 3 200 Mitarbeiter/innen seiner Verwaltung seien überwiegend in Fachkrankenhäusern und Heimen beschäftigt, nur ca. 200 in der Kernverwaltung. Hinsichtlich der zu erfüllenden Aufgaben gebe es im Vergleich mit den nordrhein-westfälischen Landschaftsverbänden im Sozialbereich keine Unterschiede, im kulturellen Bereich habe er mehr Zuständigkeiten, aber keine im Bereich Straßenbau. Sonderbehörden sollten nach seiner Meinung zu einer unteren oder mittleren Ebene zusammengezogen, wenn nicht aufgelöst werden, deren Integration bringe ein hohes Einsparpotential. Staatliche Regierung sei nötig, aber Ministerien sollten sich am deutlichsten einer Aufgabenkritik stellen.

Dr. Bernd Steinacher (Direktor Regionalverband Stuttgart) erläuterte seine Aufgabe als Regionaldirektor des Verbands Region Stuttgart, diese im europäischen Wettbewerb der Standorte voranzubringen. Man bewege sich dabei im Spannungsfeld von Siedlungsentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Arbeitsplatzverlust, hoher Flächenverbrauch und Bevölkerungszuwachs vergrößerten die Probleme. Das Ziel sei die zukunftsfähige Region, das Dilemma das Maß der Anforderungen gegenüber der Finanzschwäche der an-

gehörigen Gemeinden. Er schilderte sodann Einzelheiten aus Regional- und Regionalverkehrsplanung sowie über die Arbeit des Verbands als Aufgabenträger im ÖPNV, Wirtschaftsförderung und Tourismusmarketing. Dabei werden keine Grundstücksgeschäfte wahrgenommen. Ziel eines Netzwerks von mehr als 100 wissenschaftlichen Instituten, mehr als 50 Firmen und 24 weiteren Dienstleistern sei, den Weg von der wissenschaftlichen Idee bis hin zum wirtschaftlichen Produkt und damit zum Arbeitsplatz zu beschleunigen. Ein Schwerpunkt der BioRegion sei die Förderung der Akzeptanz für moderne Technologien. Ferner habe der Verband beschlossen, die Ausweisung und Vorkhaltung interkommunaler Gewerbegebiete mit einer Zinssubvention zu fördern. Gleiches gelte für die Reaktivierung von regionalbedeutsamen Brachflächen.

Prof. Dr. Joachim Wieland (Universität Bielefeld) trug aus verfassungs-, verwaltungs- und finanzrechtlicher Sicht als Kriterien für eine Reform der Mittelebene vor: höhere Effizienz (mehr Leistung bei geringen Kosten), die demokratische Legitimation, Bürgernähe und Gemeinwohlorientierung sowie eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu beachten. Eine Bündelung auf der Mittelebene sei wichtig, mit Skepsis sähe er aber die kommunale Selbstverwaltung auf dieser Ebene. Sinn habe die Kommune, problematisch werde es aber schon bei Großstädten und Kreisen, deutlicher noch bei den Landschaftsverbänden mit ihrer schwachen demokratischen Legitimation. Er präferiere die Bezirksregierung, wenngleich traditionell geprägt und daher dringend modernisierungswürdig. Die Stadt-/Umlandproblematik sei nicht durch Organisation, sondern freiwillige Zusammenschlüsse zu lösen, um z. B. das Übergewicht einer Stadt zu verhindern. Der dreistufige Verwaltungsaufbau hat sich nach seiner Auffassung bewährt, schädlich sei die Zersplitterung in Bezirksregierungen, Landschaftsverbände, KVR und Sonderbehörden. Bei weiteren, direkt zu wählenden Vertretungskörperschaften fürchte er Reibungsverluste durch unterschiedliche Mehrheiten. Zu bedauern sei, daß die Verfassung eine finanzielle Schwächung der Kommunen zuläßt. Die Landschaftsverbände hätten historisch ihre Bedeutung verloren. In der Regionalverwaltung fürchte er ein Übergewicht der staatlichen Aufgaben. Eine Selbstverwaltung dürfe aber nicht zu stark überlagert werden. Abschließend wurden zwischen Ausschußmitgliedern und Sachverständigen bis dahin unbeantwortete oder sich aus den Vorträgen ergebende neue Fragen erörtert. Franz-Josef Britz (CDU) hinterfragte, welche Kriterien ausschlaggebend wären, in Bayern die Trennung staatlicher und kommunaler Aufgaben auf der Mittelebene beizubehalten. Wo sollten die Aufgaben der Landschaftsverbände auf dieser Ebene gebündelt werden und wie wird das Legitimationsdefizit bei Zweckverbänden bewertet? Johannes Pflug, Sprecher der SPD-Fraktion, wollte wissen, wie die kommunalen und staatlichen Aufgaben der regionalen Entwicklungsplanung im Ruhrgebiet organisiert werden sollten. Angesichts der Vielzahl der Vorträge und der vorgebrachten Argumente, so betonte die Vorsitzende Renate Drewke in ihren Dankesworten, müßte nun in den Arbeitskreisen der Fraktionen eine sorgfältige Auswertung und Bewertung erfolgen. Dafür wäre ein Zeitraum von einigen Wochen notwendig. *Wolfgang Fröhlecke*

## Delegation des Landtagspräsidiums besuchte die palästinensischen Gebiete

Eine vierköpfige Delegation des Präsidiums des Landtags NRW unter Leitung von Landtagspräsident Ulrich Schmidt besuchte Ende Mai 1997 die palästinensischen Gebiete.

Die Delegation setzte die Kontakte fort, die zuvor durch einen Besuch einer Delegation des palästinensischen Rates auch beim Landtag NRW im Oktober 1996 in Düsseldorf geknüpft wurden.

Im Mittelpunkt des Besuches in den palästinensischen Gebieten stand eine Begegnung mit Präsident Arafat. Nach einem intensiven Meinungsaustausch zur Stagnation des Friedensprozesses trafen die Delegationsteilnehmer mit Mitgliedern des palästinensischen Rates zu einem weiteren Gespräch zusammen. In Nablus wurde die von Nordrhein-Westfalen finanzierte Berufsbildungsschule besucht. In Gaza konnten sich die Delegationsteilnehmer von der Arbeit des ebenfalls von Nordrhein-Westfalen finanzierten deutschen Kulturzentrums überzeugen. Der Besuch des Flüchtlingslagers Deir el Balagh' Gaza verschaffte der Delegation einen Einblick in die immer schlechter werdende sozialen Verhältnisse im Gaza-Streifen.

In Israel selbst fand ein Treffen mit dem ehemaligen Regierungschef Shimon Peres statt. Den Schwerpunkt bildete auch hier die schwierige Situation des Friedensprozesses und Peres' Einschätzung der Siedlungspolitik. Zum Abschluß führte die Delegation des Landtagspräsidiums in der Knesset Gespräche sowohl mit Mitgliedern der Regierungskoalition als auch der Opposition. Dabei zeichnete sich ab, daß die Entwicklung des Friedensprozesses unterschiedlich beurteilt wird.

## TT-Turnier im Landtag: Erstmals gemischte Doppel

Das erste Tischtennis-Turnier im Landtag Nordrhein-Westfalen im gemischten Doppel war, um es mit der gebotenen Zurückhaltung zu formulieren, eine Werbung für den Tischtennissport.

In zwei Gruppen zu je fünf Paaren wurde die Vorrunde ausgetragen. Aus jeder Gruppe zogen die Erst- und die Zweitplatzierten in die Finalrunde ein. Das hört sich so automatisch und fast technisch an, dem Ausscheidungsverfahren gingen jedoch packende, schweißtreibende, auf hohem Niveau stehende Kämpfe voraus. Um es kurz zu sagen: Keines der Paare gab die Schläger freiwillig ab, so daß der Chronist mit Fug und Recht berichten kann, daß sich bereits in den Gruppenspielen etliche Highlights des Turniers ereigneten. Da schon wurde das Bällchen hart geschmettert, zärtlich gestreichelt, „säuisch“ angeschnitten oder tückisch auf die Kante gespielt. Das sachkundige Publikum, in dem wiederum hervorragend organisierten Turnier – der Dank bleibt diesmal nicht anonym, sondern geht zielgerichtet an Frau Theil und Herrn Schneider, quittierte die betreffenden Spielszenen mit beifälligem Juchzen.

## Meinungsaustausch mit Arafat über Stagnation des Friedensprozesses



Kontakte fortgesetzt: Bild oben v.l. Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Präsident Yassir Arafat, Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose sowie Martin Kobler, Leiter des Verbindungsbüros der Bundesrepublik Deutschland in Palästina. — Bild unten v.l. Dr. Katrin Grüber, Ulrich Schmidt, Shimon Peres und Dr. Hans-Ulrich Klose.



Schließlich gab es einen Favoriten-Erfolg. Das Duo Claudia Carsten/Helmut Diegel war nicht zu stoppen. Im Endspiel schlugen sie Andrea Glende/Georg Widera. Platz 3 wurde von Birgit Schmelter/Hans-Georg Schröder erobert. Birgit Hielscher/Thomas Schneider, von manchen durchaus als Geheimfavoriten eingeschätzt, blieb lediglich der undankbare 4. Platz. Mit einem prächtigen Pokal für das Siegerpaar und Medaillen für die drei Nächtplatzierten wurden die herausragenden Leistungen belohnt. Leer, selbstverständlich nur pokal- bzw. medaillenmäßig, gingen aus, aber das wird ihren Eifer für das nächste Turnier nur noch mehr anstacheln:

Katja Eller/Reinhold Krause; Petra Theil/Ernst Becker; Birke Jantz/Thomas Schlicht; Rusalka Offer/Klaus Dellmann; Lydia Gierens/Michael Endres; Irmgard Birn/Hans Zinnkann, wobei letztere durchaus darauf verweisen sollten, daß sie lediglich von den beiden Finalisten bezwungen werden konnten.

★

**Karl Meulenbergh** (CDU), Landtagsabgeordneter, ist zum hauptamtlichen Landrat des Kreises Aachen gewählt worden. Er tritt sein Amt Mitte Dezember 1997 an. Der Unionspolitiker gehört dem Landtag seit 1990 an und ist seit 1994 Landrat seines Heimatkreises.

## Feierstunde im Landtag aufgrund 40 Jahren Patenschaft für Landsmannschaft Siebenbürger Sachsen sind dem Rheinland eng verbunden

Habe die Integration der Vertriebenen in den Nachkriegsjahren unter den damaligen Bedingungen noch reibungslos verlaufen können, sei die Situation in den letzten Jahren ungleich schwieriger geworden. Die Ursachen dafür seien möglicherweise vielschichtig. Das erklärte Landtagspräsident Ulrich Schmidt in seiner Begrüßungsrede bei einer Feierstunde aus Anlaß von „40 Jahre Patenschaft des Landes NRW für die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen“ im Plenarsaal des Landtags. Zu dem Festakt hatten außer dem Landtagspräsidenten die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen und das Bundeskulturreferat der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V. sowie das Gerhart-Hauptmann-Haus aus Anlaß der Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturtag 1997 in Düsseldorf eingeladen.

„Mag sein, daß unsere Gesellschaft insgesamt kälter geworden ist, mag sein, daß es die Frage der Migration insgesamt ist“, setzte der Präsident seinen Gedanken fort. Tatsache sei, um ein Beispiel zu nennen, daß eine im Auftrag des Arbeitsministeriums erstellte Studie zu dem Ergebnis komme, daß Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu den benachteiligten Gruppen der Gesellschaft gehörten, was sich vor allem bei der beruflichen Eingliederung zeige. Das Motto des diesjährigen Heimattags der Siebenbürger Sachsen, der vor wenigen Wochen in Dinkelsbühl stattgefunden habe, habe daher nicht von ungefähr „Solidarität erfahren – Solidarität leben“ gelautet.

Zuvor hatte der Präsident an die Übernahme der Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen vor vierzig Jahren erinnert. Am 26. Mai 1957 habe der amtierende Sozialminister Heinrich Hemsath im Plenarsaal des Ständehauses die Patenschaftsurkunde unterzeichnet. Ausweisung und Flucht hätten dazu geführt, daß rund 15 Millionen Deutsche am Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat in den Ländern Ost- und Südosteuropas hätten verlassen müssen. Rund drei Millionen von ihnen hätten Aufnahme in der damaligen „Britischen Besatzungszone“ gefunden, zu der auch das heutige NRW gehört habe. Die meisten hätten sich aktiv am Wiederaufbau der jungen Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Bereits 1950 hätten die Heimatvertriebenen ihre Charta verkündet, mit der sie ein deutliches Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung setzten. Alle seien sich einig – auch aus heutiger Sicht – es sei der richtige Weg gewesen.

Der Landtagspräsident bezeichnete die Integration der Siebenbürger Sachsen als besonders gelungen. In der größten Siedlung in NRW, der Siedlung „Drabenderhöhe“ in Wiehl lebten heute 3 500 Menschen siebenbürgen-sächsischer Herkunft. Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, der Diplom-Ingenieur und Architekt Volker Eduard Dürr wies darauf hin, daß seine Landsmannschaft eine der kleinsten, aber die älteste und dem Rheinland am engsten verbunden sei. Heinrich Hemsath zitierend, erinnerte er daran, 800 Jahre seien es her, daß von Mosel und



„Die Siebenbürger Sachsen und Nordrhein-Westfalen“ hatte Professor Dr. Harald Zimmermann (am Pult) seine Festrede benannt. Die musikalische Umrahmung gab der „Honterus-Chor“ Drabenderhöhe unter der Leitung von Horst Niedtfeld.  
Foto: Schälte

Rhein die ersten Siebenbürgergruppen hinaus in den Südosten gezogen seien. Nicht nur Vertreibungsdruck habe sie hierher zurückkehren lassen. So seien mehrere tausend Siebenbürger Sachsen gekommen und hier vor allem Bergleute geworden. Die Zeichen der in den vergangenen vier Jahrzehnten gegenseitig erwiesenen Solidarität seien außerordentlich. Siedlungen wie Setterich, Härten-Langenbochum, Oberhausen und die größte Siedlung in Wiehl/Drabenderhöhe, Kultureinrichtungen wie die Siebenbürgische Bibliothek und das siebenbürgische Museum in Gundelsheim, vor allem aber die aktive Unterstützung der landsmannschaftlichen Arbeit und die Hilfe bei der weitestgehend gelungenen Integration von über 300 000 Siebenbürger Sachsen in Deutschland geböten, Dank zu sagen. Auf die heutige Situation in Rumänien eingehend, sagte Dürr: „Die Nachbarschaft der Siebenbürger Sachsen ist für das rumänische Volk, in dessen Mitte sie siedeln, immer eine Bereicherung seines eigenen staatlichen und kulturellen Lebens gewesen.“ Er dankte dem Parlament und der Regierung des Patenlandes Nordrhein-Westfalen für das große finanzielle Engagement bei der Umsetzung vieler Hilfsmaßnahmen, die vornehmlich das rumänische Umfeld der dort lebenden Deutschen betreffen. Er bat darum, die Landsmannschaft auch künftig bei der Stabilisierung der deutschen Minderheit in Rumänien zu unterstützen.

Ein Grußwort sprach auch der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, der frühere Minister Konrad Grundmann, der Gedanken seiner Vordränger aufgriff. Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Dr. Axel Horstmann machte darauf aufmerksam, daß die Welt sich seit 1957 verändert, eine Revolution durchgemacht habe. Der Glaube an ein geographisches Koordinatensystem habe sich als trügerisch erwiesen. Der Eiserne Vorhang sei gefallen. Europa trennten keine ideologischen Lager mehr. Dennoch falle es vielen schwer, die Vision vom gemeinsamen

europäischen Haus zu glauben. In dieser Situation könne die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen helfen. Sie hätten vieles von dem, was man im gemeinsamen europäischen Haus brauche, selbst erfahren. „Sie wissen, was Aufbruch in eine neue Welt bedeutet, mit welchen Ängsten und Hoffnungen der verbunden ist.“ Der Minister maß den Siebenbürger Sachsen eine „Brückenfunktion“ zu.

In seiner Festrede unterstrich Professor Dr. Dr. Harald Zimmermann, die Siebenbürger Sachsen hätten wenig oder gar nichts mit Sachsen zu tun. Ihre Ahnen seien im 12. und 13. Jahrhundert aus dem rhein-moselländischen Dialektgebiet nach Siebenbürgen eingewandert, gerufen vom ungarischen König und vom Deutschen Ritterorden zum Grenzschutz und zur Kultivierung des Waldlandes Transsylvanien. Im Westen Deutschlands gebe es viele Gegenden, die mundartlich „Sevenbergen“ hießen wie Siebenbürgen auch, so das Siebengebirge bei Bonn und die Sevenberge zwischen Hameln und Minden. Kein Zufall, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die Flüchtlinge und Vertriebenen aus Siebenbürgen gerne gerade nach NRW gekommen seien. Die Bergbausiedlung Setterich bei Aachen liege nahe bei dem Ort Merkstein, aus dem angeblich der erste mit Namen bekannte Siebenbürger Sachse stamme: der Ritter Hezelo, der 1148 nach Ungarn aufgebrochen sei. Zimmermann verdeutlichte, die siebenbürgischen Flüchtlinge seien nach dem Krieg nicht ganz mit leeren Händen nach Deutschland gekommen. Sie hätten u.a. ihre Erfahrungen im friedlichen Zusammenleben mit verschiedenartigen Menschen mitgebracht. Siebenbürgen sei in Europa das erste Land, in dem Toleranz durch Landtagsbeschlüsse von 1557 und 1568 gesetzlich verankert worden sei. Der Wissenschaftler schloß: „Man hat in Siebenbürgen durch Jahrhunderte nicht die alte Heimat Deutschland vergessen. Klar, daß die nun in Deutschland lebenden Siebenbürger Sachsen nicht in wenigen Jahrzehnten ihre Heimat Siebenbürgen vergessen.“

## Durchnäßt, aber Lorbeer umkränzt Erster Sieg des FC Landtag 1997

*Die unsterblichen Helden des Spiels gingen zwar völlig durchnäßt, aber umkränzt vom frischen Lorbeer des ersten Sieges 1997 von der Walstatt. Erhobenen Hauptes durften aber auch die Professoren der Universität Bochum den Platz verlassen. Sie hatten zwar 2:4 verloren, jedoch gegen ein jüngeres FCL-Team großartig gekämpft und eine respektable Leistung gezeigt.*

Die Begegnung spielte sich auf einem kleinen, kompakten Platz ab – einer Kampfarena gleich. Rundum erfreut sich das Auge an sattem Grün, das sich allerdings auf dem Platz selbst eher rar macht. Auf der einen Seite, dort, wo sich die Zuschauer niederlassen können, steigt das Gelände sanft an; auf der anderen Seite begrenzt ein hoher Maschendrahtzaun das Spielfeld. Er konnte trotzdem nicht verhindern, daß die Bälle bei Befreiungsschlägen immer wieder und manchmal unauffindbar tief ins idyllische Lottetal getreten wurden. Es ist allerdings reine Spekulation, daß das Spielgerät auf diese Weise versuchte, den Malträtierungen durch Professoren- oder Parlamentsbeine dauerhaft zu entkommen. Zu den Rahmenbedingungen zählte auch ein fanatisches studentisches Publikum, ein wahrer Professoren-Fanblock, der die Uni-Mannschaft südländischem Temperament anfeuerte und jede gelungene Aktion enthusiastisch feierte. Der FCL bewahrte in diesem Hexenkessel die Nerven und konnte durch attraktives Flügelspiel und flüssige Direktkombinationen gefallen. Das Leder lief mehrfach über mehrere Stationen, dabei geizten die Parlamentskicker nicht mit Distanzschüssen. Zweimal ging der FCL in Führung. Dirk Stoop und Volker Schüssler waren die Schützen, die kraftvoll von der Strafraumgrenze abschlossen. Zweimal glichen die Professoren aber auch aus. Zweimal waren die Fänge des Tigers Jupp Siebert im Tor des FCL zu kurz: 2 : 2

stand es zur Pause. Kurz nach dem Anpfiff jedoch hatte Jupp seine Klasse unter Beweis gestellt, als er, dramatischen Effekten nicht abhold, das Leder nicht einfach über die Latte lenkte, sondern spektakulär auf dem Gehäuse tanzen ließ.

In der zweiten Hälfte nahm die spielerische Überlegenheit des FCL zu. Die Abwehr, im ersten Abschnitt noch mit einigen Unsicherheiten, stand nun, von Wolfgang Eute-neuer, glänzend organisiert, der sich außerdem nach Ramba-Zamba-Art mit Jürgen Cosse beim Spielaufbau abwechselte. Günter Neumann deckte den linken Bereich konsequent ab, und die beiden Neulinge, Stefan und Heiko, füllten flexibel und wechselseitig die Vorstopperrolle aus. Das Team erhöhte den Druck auf den Professoren-Kasten, der mit Mann und Maus verteidigt wurde. Mehrere gute Chancen erspielte sich der FCL, aber entweder zischten die Schüsse oder Kopfbälle knapp am Tor vorbei, oder sie wurden eine Beute des guten Uni-Keeper, oder den Schützen rutschte auf dem regendurchweichten Geläuf das Standbein weg, oder die Kombinationen verfrachten sich im professoralen Beingestrüpp. Endlich aber wurde der Abwehrriegel doch noch geknackt. Volker Schüssler, geschickt hinter den Spitzen agierend, war noch zwei weitere Male erfolgreich. Es war ein verdienter, hart erstrittener 4 : 2 Sieg des FC Landtag, der allerdings sehr bald beweisen sollte, daß dies keine Eintagsfliege gewesen ist.

## FCL: Knast-Cup '97

*Der Knast-Cup '97 war heiß umkämpft. Austragungsort war das Kleinfeld in der Justizvollzugsanstalt Ulmerhöhe in Düsseldorf. Dort herrschte eine prickelnde Hinterhofatmosphäre: Aus dem mehrgeschossigen Gefängnisgebäude verfolgten die Hausinsassen die Begegnungen und begleiteten die diversen Spielszenen mit mehr oder weniger fachkundigen Kommentaren. Selbstverständlich wurde auch mit Anfeuerung, mit Beifall und mit Torjubel nicht geizt, den wiederum Scharen von Tauben zum Anlaß nahmen, um aufzusteigen und der Öffentlichkeit von den erzielten Treffern zu künden.*

Der FC Landtag hatte gegen die Hausmannschaft 1 anzutreten. Diese ging engagiert zur Sache, machte vor allem in der 2. Halbzeit viel Druck und beschoß das wiederum von Ingo Wehmschulte sicher gehütete FCL-Tor aus allen Lagen. Es sah so aus, als könne der FCL trotzdem das torlose Unentschieden über die Zeit retten. Just in letzter Sekunde jedoch nutzte der Spielführer der Hausmannschaft 1 ein Geschenk des Himmels in Form eines Ausrutschers entschlossen zum 1 : 0 Sieg, der bereits die Endspieleteilnahme bedeutete. In der 2. Gruppe hatten drei Teams miteinander zu tun: Hausmannschaft 2, Fortuna 70 sowie eine Beamtenmannschaft. Es war eine Au-

genweide, den früheren Fortuna-Stars Köhnen, Weikl, Budde, Hesse und anderen bei ihrem abgeklärten, technisch sauberen Spiel zuzuschauen. Fortuna erreichte das Finale. Der FCL hatte sich im Spiel um Platz 3 mit der Beamtenmannschaft auseinandersetzen. Diese hatte im dritten Spiel hintereinander noch genügend Feuer, um den FCL 3 : 1 zu schlagen. Jürgen Cosse hatte die Führung der Beamten durch einen beherzten Distanzschuß ausgeglichen; erneuter Vorsprung der Beamten, Drängen des FCL, dann aber die Entscheidung kurz vor Abpfiff, als der FCL die Abwehr entblöste, um noch zum Ausgleich zu kommen. Das Finale war voller Spannung. Die Hausmannschaft 1 hatte das richtige Rezept gegen die Fortuna-Stars, attackierte diese immer wieder, so daß die Fortuna nicht wie in den Matches zuvor, in Ruhe ihr gekonntes Kombinationsspiel aufziehen konnte. Das 1 : 0 für die Hausmannschaft war ein toller Treffer mit der Hacke. Der Fortuna gelang dann doch der verdiente Ausgleich. Unentschieden stand es auch nach der regulären Spielzeit sowie nach der Verlängerung. Im Siebenmeter-Schießen war dann die Hausmannschaft 1 erfolgreich und konnte unter großem Jubel den Knast-Cup '97 entgegennehmen. Herzlichen Glückwunsch. Auch die übrigen Teams wurden für ihren fußballerischen Einsatz mit prächtigen Pokalen ausgezeichnet. Ein gutes Knast-Turnier.

## Kulturministerin wird 60 Jahre

Die Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, **Ilse Brusis** (SPD), begeht am 13. Juli ihren 60. Geburtstag. In Wattenscheid geboren, machte sie 1957 ihr Abitur und studierte anschließend bis 1960 Pädagogik. Bis 1977 war sie Volksschullehrerin, stellvertretende Schulleiterin, Leiterin eines Bezirksseminars für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen sowie Schulrätin. Von 1977 bis 1981 leitete sie den Landesverband der GEW hauptamtlich. 1982 wurde Frau Brusis Geschäftsführerin am Prüfungsamt für 2. Staatsprüfungen in Arnsberg. Noch im gleichen Jahr wechselte sie in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. Von 1990 bis 1995 gehörte sie als Ministerin für Bauen und Wohnen erstmalig dem Kabinett Rau an. Seit 1995 hat sie das Amt der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport inne. Der SPD gehört Ilse Brusis seit 1969, dem Landtag seit 1995 an.



Ilse Brusis (SPD)

★  
**Ellen Werthmann** (SPD), Landtagsabgeordnete, vollendet am 1. August ihr 60. Lebensjahr. Die verheiratete Großhandelskauffrau, Mutter zweier Kinder, stammt aus Gelsenkirchen. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Gelsenkirchen und Unterbezirksvorsitzende der ASF. Dem Rat ihrer Heimatstadt gehörte sie von 1979 bis 1990 an, wo sie ab 1984 als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion amtierte. Der SPD gehört Frau Werthmann seit 1971, dem Landtag seit 1990 an.

★  
**Brunhild Decking-Schwill** (CDU) feiert am 1. September ihren 60. Geburtstag. Die in Dortmund beheimatete Politikerin stammt aus Bünde, ist verheiratet und hat sechs Kinder. Sie machte 1957 Abitur und belegte anschließend einen Lehramtsstudiengang an der Universität Münster mit den Fachrichtungen Anglistik und Geographie. 1961 erfolgte die Staatsprüfung. Von 1980 bis 1990 war Frau Decking-Schwill stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende in Dortmund, seit 1986 ist sie stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes Ruhrgebiet ihrer Partei. Von 1979 bis 1985 gehörte sie dem Rat der Stadt Dortmund an. Sie ist seit 1974 Mitglied der CDU und seit 1985 Mitglied des Landtages.

## SPD-Fraktion

### Mehr Eigenverantwortung für Städte und Gemeinden

Die kommunalpolitische Konferenz der SPD-Landtagsfraktion in Kamen hat grünes Licht gegeben für die Änderung kommunaler Leistungsgesetze. „Herzstück dessen, was die Fraktion jetzt vorbereiten wird, ist für ein Kommunalisierungsmodell“, erklärte Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen. Mit diesem Modell sollen für einen Zeitraum von fünf Jahren Kommunen, die das wünschen, von bestimmten landesrechtlichen Vorgaben freigestellt werden. „Wir wollen den Kommunen mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit einräumen, weil sie ihre jeweilige Situation sehr viel besser einschätzen können als der Landesgesetzgeber das kann“, kommentierte Matthiesen. Deshalb sei das Kommunalisierungsmodell ein Schritt in die größere Selbständigkeit der Städte und Gemeinden. „Sie sollen erproben können, ob sie Aufgaben in eigener Verantwortung ohne Qualitätsabstriche effizienter und kostengünstiger erfüllen können“, ergänzte der SPD-Abgeordnete Walter Grevener.

Die Vorschläge der von Walter Grevener geleiteten Arbeitsgruppe „Überprüfung kommunaler Leistungsgesetze“ fanden in Kamen einhellige Zustimmung. „Sie bedürfen jetzt der ausführlichen Beratung in der Landtagsfraktion“, kündigte Matthiesen an. Der Fahrplan sehe vor daß die Fraktionsberatungen im September abgeschlossen wurden. Wenn dies gelänge, könne ein von den Koalitionsfraktionen erarbeitetes Artikelgesetz noch in diesem Jahr in Kraft treten. Dann ließen sich Einsparungen schon 1998 realisieren. Gegenstand des Artikelgesetzes seien ein Gesetz für ein Kommunalisierungsexperiment, Vorschläge zur Änderung von Gesetzen, einschließlich des Lernmittelfreiheitsgesetzes sowie Vorschläge zur Änderung und Aufhebung von Verordnungen.

Walter Grevener berichtete in Kamen, daß die Arbeitsgruppe 66 Gesetze und Verordnungen überprüft habe. „Wir schlagen vor, elf Gesetze zu ändern und 22 Verordnungen entweder zu ändern oder aufzuheben, eine Bundesratsinitiative einzuleiten und in drei Fällen neue Gebührentatbestände im allgemeinen Gebührentarif zu schaffen“, nannte Grevener als Ergebnis. Die Arbeitsgruppe habe bei allen ihren Vorschlägen Wert auf eine soziale Ausgewogenheit gelegt und darauf geachtet, daß Familien mit Kindern nicht überproportional belastet würden. Die Einsparungen, die von der Arbeitsgruppe beziffert werden könnten, summierten sich auf etwa 200 Millionen Mark. In den übrigen Vorschlägen, so Grevener, würden nach einer vorsichtigen Schätzung mindestens weitere 100 Millionen Mark an Einsparungen stecken.

\*

„Die Deutsche Telekom wird auch in Zukunft ihren Sitz in Bonn haben.“ Diese Zusage machte heute (17. Juni 1997) der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Telekom AG, Dr. Ron Sommer, in Düsseldorf vor der SPD-Landtagsfraktion. Sommer war einer Einladung der SPD-Landtagsfraktion gefolgt, mit ihr über die Aktivitäten der Telekom in Nordrhein-Westfalen zu diskutieren. Sommer machte deutlich, daß die Medienwirtschaft der drittgrößte Arbeitgeber in Deutschland sei. Allein bei der Deutschen Telekom und ihren Tochterunternehmen seien in Nordrhein-Westfalen rund 55 000 Menschen beschäftigt. 52 Organisationseinheiten der Deutschen Telekom hätten hier ihre Standorte.

## CDU-Fraktion

### Filz hat Vorfahrt vor Vernunft

„Bei der nordrhein-westfälischen SPD gilt offenbar nach wie vor die Devise: Filz hat Vorfahrt vor Vernunft.“ Mit diesen Worten kommentierte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Dr. Helmut Linssen, die Personalentscheidung des Aufsichtsrats für den Flughafen Düsseldorf. Mit der Wahl von Peter Lange zum Arbeitsdirektor sei „eine Entscheidung getroffen worden, die weder in der Sache noch vom Termin her, noch durch die Qualifikation des Bewerbers begründet“ sei, erklärte Linssen. Der CDU-Fraktionschef erinnerte daran, daß die Landesregierung noch im Dezember in einem Gespräch mit Vertretern der Stadt Düsseldorf deutlich gemacht habe, „daß anstehende Personalentscheidungen in der Geschäftsführung bis zur Klärung einer zukunftsorientierten Gesellschafterstruktur nicht getroffen werden sollten“. Linssen wörtlich: „Die jetzige Personalentscheidung ist eine Kungelaktion zwischen Parteibüro und Landesregierung, bei der Verkehrsminister Clement sang- und klanglos eingeknickt ist.“ Mit der „völlig überflüssigen Wahl des Arbeitsdirektors zum jetzigen Zeitpunkt“ habe die SPD „ein verheerendes Signal im Vorfeld der Privatisierungsverhandlungen gesetzt“.

#### Keine Erhöhung der Elternbeiträge

„Die CDU-Landtagsfraktion wird sich den Plänen der Landesregierung auf Erhöhung der Elternbeiträge in Kindergärten entschieden widersetzen.“ Dies erklärte der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rüsberg. Er wies darauf hin, daß die Landesregierung damit bereits die dritte Erhöhung der Elternbeiträge seit Inkrafttreten des neuen Kindergartengesetzes im Jahre 1991 durchsetzen wolle. „Dies wäre keine Politik zugunsten der Familien mit Kindern in Nordrhein-Westfalen“, betonte der CDU-Politiker.

Rüsberg wörtlich: „Während die SPD in Bonn ihren Vorschlag zur Erhöhung des Kindergeldes lauthals als familienfreundliche Politik verkündet, will die rot-grüne Landesregierung unter der Verantwortung von Johannes Rau den Familien mit Kindern das Geld sogleich wieder aus der Tasche ziehen.“

Für die CDU ist es nach den Worten ihres familienpolitischen Sprechers „auch erstaunlich, daß die GRÜNEN diese familien- und kinderfeindliche Politik mittragen“. Rüsberg abschließend: „Wir fordern die GRÜNEN auf, auf ihre im Landshaushalt verankerten kostenträchtigen Spielwiesen zu verzichten. Dann könnte das Land genug Geld einsparen, um auf die Erhöhung des Elternbeitrages verzichten zu können.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Rot-Grün öffnet Telekommunikationsmarkt für die Kommunen

In den letzten Monaten wird verstärkt die Frage öffentlich diskutiert, ob und wie eine Kommune sich wirtschaftlich betätigen soll bzw. wie weit sie in die (neuen) Märkte durch eigene Aktivitäten eingreifen darf. Die Gemeindeordnung erlaubt zur Zeit eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden nur, „wenn ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert“. Auf die Telekommunikation bezogen bedeutet das, daß die Kommunen ihre vorhandenen Leitungsnetze nur für den Eigenbedarf nutzen dürfen bzw. ihre Netze an Dritte vermieten können.

In Köln und Düsseldorf sind inzwischen unter kommunaler Beteiligung neue Telekommunikationsgesellschaften entstanden, die über diese Zwecke hinaus auch ein eigenes Dienstleistungsangebot im Bereich der Telekommunikationsdienste einrichten wollen. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß notwendigerweise die Definition der gemeindlichen Infrastruktur in den letzten Jahren durch die Entwicklungen der Telekommunikation erweitert werden muß. Dienstleistungen in diesem Bereich sind inzwischen als Infrastrukturmaßnahme auch als kommunales Leistungsangebot denkbar. Eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung ist inzwischen durch die Koalitionsfraktionen parlamentarisch eingebracht.

Im Zuge dieser zu erwartenden gemeindefürderlichen Aktivitäten müssen wir dabei einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen kommunalen und privaten Anbietern bietet:

Es dürfen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch genommen werden, noch darf die Kommune Bürgschaften für diese wirtschaftliche Betätigung übernehmen. Vor einer Entscheidung im Rat sind Chancen und Risiken auf der Grundlage einer Marktanalyse darzustellen.

Wir halten diese Einschränkungen für dringend erforderlich, damit die Ausnutzung von Wettbewerbsvorteilen durch die Stellung der Kommunen als öffentliche Gebietskörperschaft ausgeschlossen wird. Darüber hinaus sind die Risiken für die kommunalen Haushalte aufgrund der hohen Investitionssummen enorm groß. Daher sollte der Rat nur nach genauer Abwägung aller Risiken und Chancen eine Entscheidung herbeiführen. Das Einsteigen in einen neuen vielversprechenden Markt darf nicht in einem finanziellen Desaster enden, das letztendlich durch die Kommune zu Lasten der BürgerInnen finanziell aufgefangen werden muß. Wichtig ist uns ebenfalls der Schutz des örtlichen Handwerks, das durch diese Gesetzesänderung keine Nachteile erfahren wird. Wir können uns vorstellen, daß sogar Vorteile durch die Entwicklungschancen dieses neuen Marktes für die örtlichen Gewerbetreibenden entstehen könnten.

## Personalien

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, kandidiert nicht mehr für den SPD-Bundesvorstand. In einem Schreiben an Bundesgeschäftsführer **Franz Müntefering** begründete er seinen Verzicht damit, daß er nach zwanzig Jahren Platz für jemand anderen machen möchte.

**Anke Brunn** (SPD), nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin, ist auf dem Parteitag des SPD-Bezirks Mittelrhein in Köln in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt worden. Von 180 Delegierten stimmten 145 mit Ja, 36 mit Nein und acht enthielten sich. Frau Brunn kam damit auf 76,3 Prozent der Stimmen. Als Stellvertreter der Ministerin wurden der Landtagsabgeordnete **Klaus Heugel** (Köln) mit 62,3 Prozent und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Ingrid Matthäus-Meier** (Rhein-Sieg), mit 92,2 Prozent gewählt.

**Wilfried Bergerhoff** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist mit der höchsten Auszeichnung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geehrt worden. Aus der Hand des Präsidenten des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, **Dr. Karlheinz Bentele**, hat Bergerhoff die Dr. Johann-Christian-Eberle-Medaille entgegengenommen. Auslöser der Ehrung war die langjährige Zugehörigkeit Wilfried Bergerhoffs zum Verwaltungsrat der Sparkasse der Homburgischen Gemeinden in Wiehl. Der Politiker Bergerhoff gehört dem Wiehler Stadtrat seit 1972 an. Seit 1983 steht er ihm als 1. Bürgermeister vor.

**Friedel Neuber**, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank (WestLB), der als SPD-Abgeordneter von 1962 bis 1975 dem Landtag und in der sechsten und siebten Wahlperiode zeitweise auch dem Fraktionsvorstand angehörte, wird von der Gerhard-Mercator-Universität/Gesamthochschule in Duisburg mit dem Grad eines Doktors der Philosophie ehrenhalber ausgezeichnet. Neuber habe einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des Studienschwerpunktes Verkehr und Logistik an der Universität geleistet, hieß es in der Begründung.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26

ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Heinz-Helmich van Schewick (CDU)

*Seine Wiege stand im thüringischen Sonneberg, und es war das Kriegsjahr 1940. Knapp fünf Jahre später floh Heinz-Helmich van Schewicks Mutter mit den beiden Söhnen vor der anstürmenden sowjetischen Armee zunächst nach Höxter, später fanden sie im niederrheinischen Goch eine Bleibe. Wie viele Flüchtlinge in jenen Jahren lebten sie in Baracken, „und ich lief in geschenkter Kleidung herum“, erinnert sich der heutige CDU-Landtagsabgeordnete aus Bonn. Diese Zeit habe ihn nach eigenem Bekunden sehr geprägt.*

*Bergauf ging es, als der Vater aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte und er später als Astronom an die Bonner Universität berufen wurde. Heinz-Helmich van Schewick besuchte das Aloysius-Kolleg der Jesuiten in Bad Godesberg, und unmittelbar nach dem Abitur absolvierte er den Wehrdienst. Während seines Studiums in Psychologie und Kunstgeschichte in Bonn und Köln nahm er an mehreren Wehrübungen teil und brachte es inzwischen zum Oberstleutnant der Reserve.*

*Die Psychologie hatte es dem Bonner Studenten angetan, weil „meine Kontaktfreude es mir ermöglicht, mich mit dem Gesprächspartner zu identifizieren“. Der gebürtige Thüringer studierte bei damals namhaften Psychologen, und sogleich nach dem Diplom-Examen wurde er in die Bonner Zweigstelle des Nürnberger Instituts für Marktforschung berufen, das der bekannte Sozialpsychologe Professor Bergler leitete. Nach etlichen Jahren erfolgreichen Wirkens gründete der Parlamentarier eine eigene psychologische Praxis in Bonn.*

*Vom Elternhaus geprägt, trat Heinz-Helmich van Schewick 1964 in die CDU ein, nachdem er zuvor schon lange ihrer Nachwuchsorganisation, der Jungen Union, angehörte. Heute ist er Vorsitzender des Ortsverbandes Bonn-Nord. Bereits seit 1975 Mitglied des Bonner Stadtrates, liegen die Schwerpunkte seiner kommunalen Tätigkeit in den Bereichen Sport und Kultur.*

*Das ist kein Zufall, ist der Abgeordnete doch seit jungen Jahren ein begeisterter Fußballer und spielte mehrere Jahre in der Jugendmannschaft des SC Bonn und war später ihr Betreuer.*

*13 Jahre lang, bis 1995, leitete er als Vorsitzender diesen bekannten Sportverein. Die „Nähe“ zum runden Leder aber sucht der Christdemokrat nach wie vor: Er gehört dem Fußballverein des Landtages an.*

*Als Heinz-Helmich van Schewick 1985 zum ersten Mal ins Düsseldorfer Landesparlament zog, berief ihn seine Fraktion in den Sport- sowie den Haushalts- und Finanzausschuß. Heute gehört er neben dem Sport- auch dem Verkehrsausschuß an.*

*Für den Abgeordneten hat der Sport einen hohen sozialen Wert, weil er, ähnlich wie die Kirchen, den Menschen zur Achtung und Verantwortung gegenüber dem Nächsten verpflichtet. Sein Engagement gilt daher den Vereinen, die in ihrer gesellschaftspolitischen Aufgabe unterstützt werden sollten.*

*Im Verkehrsausschuß tritt der Parlamentarier für eine größere Mobilität auch unter umweltverträglichen Gesichtspunkten ein. Aktuell plädiert er für den Ausbau der ICE-Strecken und günstige Verbindungen zwischen den beiden Flughäfen Düsseldorf und Köln. Entspannung von Beruf und Politik findet der Psychologe in der Musik. Der Radius seines Interesses ist groß: von der klassischen Musik, von Beethoven und Schubert bis zum Rocksänger Joe Cocker. Und wer zufällig einem Radler in dunklem Anzug begegnet, der zu irgendeiner Feierlichkeit strebt, es könnte Heinz-Helmich van Schewick sein...*

Jochen Jurretko

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 2. Juli bis 9. September 1997

- 2. 7. **Clemens Pick** (CDU), 50 J.
- 7. 7. **Wolfgang Clement** (SPD), 57 J.
- 8. 7. **Gisela Nacken** (GRÜNE), 40 J.
- 9. 7. **Otti Hüls** (CDU), 55 J.
- 11. 7. **Ingrid Fitzek** (GRÜNE), 39 J.
- 13. 7. **Ilse Brusis** (SPD), 60 J.
- 16. 7. **Heinz-Helmich van Schewick** (CDU), 57 J.
- 16. 7. **Friedrich Schepsmeier** (SPD), 48 J.
- 20. 7. **Donata Reinecke** (SPD), 53 J.
- 22. 7. **Dr. Axel Horstmann** (SPD), 43 J.
- 24. 7. **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU), 53 J.
- 25. 7. **Michael Scheffler** (SPD), 43 J.
- 27. 7. **Klaus Strehl** (SPD), 54 J.
- 28. 7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 62 J.
- 30. 7. **Wilfried Bergerhoff** (SPD), 61 J.
- 30. 7. **Peter Budschun** (SPD), 57 J.
- 31. 7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 58 J.
- 1. 8. **Ellen Werthmann** (SPD), 60 J.
- 3. 8. **Dr. Klaus Heugel** (SPD), 61 J.
- 4. 8. **Karin Hussing** (CDU), 56 J.
- 4. 8. **Hannelore Brüning** (CDU), 55 J.
- 7. 8. **Vera Dedanwala** (SPD), 54 J.
- 10. 8. **Irmgard Mierbach** (SPD), 55 J.
- 11. 8. **Gerhard Wächter** (CDU), 51 J.
- 13. 8. **Dietrich Kessel** (SPD), 56 J.
- 14. 8. **Gudrun Reinhardt** (CDU), 58 J.
- 16. 8. **Brigitte Schumann** (GRÜNE), 51 J.
- 18. 8. **Dr. Hans Horn** (CDU), 64 J.
- 19. 8. **Bodo Hombach** (SPD), 45 J.
- 20. 8. **Wolfgang Drese** (SPD), 54 J.
- 21. 8. **Ilka Keller** (CDU), 53 J.
- 21. 8. **Werner Jostmeier** (CDU), 47 J.
- 23. 8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU), 61 J.
- 28. 8. **Edgar Moron** (SPD), 56 J.
- 29. 8. **Richard Blömer** (CDU), 53 J.
- 30. 8. **Gerhard Mai** (GRÜNE), 40 J.
- 31. 8. **Herbert Reul** (CDU), 45 J.
- 1. 9. **Brunhild Decking-Schwill** (CDU), 60 J.
- 1. 9. **Uwe Herder** (SPD), 55 J.
- 2. 9. **Wilhelm Lieven** (CDU), 63 J.
- 2. 9. **Jamal Karsli** (GRÜNE), 41 J.
- 3. 9. **Eberhard Sohns** (SPD), 61 J.
- 3. 9. **Karin Jung** (SPD), 55 J.
- 5. 9. **Dr. Manfred Busch** (GRÜNE), 43 J.
- 6. 9. **Jürgen Jentsch** (SPD), 58 J.

★

**Walter Bieber** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist bei einer Nachwahl auf Vorschlag der SPD-Fraktion vom Landtag als stellvertretendes Mitglied in den ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 der Landesverfassung gewählt worden. Die Wahl wurde erforderlich, weil das bisherige stellvertretende Mitglied, **Stefan Frechen**, am 2. Juni aus dem Landtag ausgeschieden ist.

★

**Jürgen Jentsch** (SPD) ist als Nachfolger des aus dem Landtag ausgeschiedenen ehemaligen Abgeordneten **Stefan Frechen** auf Vorschlag der SPD-Fraktion vom Landtag zum ordentlichen Mitglied für das Kontrollgremium gemäß Paragraph 23 des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Als stellvertretendes Mitglied wurde der SPD-Abgeordnete **Edgar Moron** gewählt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



### DER KÖLNER DOM

hat eine Vergangenheit, die nicht hinter, sondern buchstäblich unter ihm liegt und seit langer Zeit archäologisch erforscht wird. Ergebnis dieser Forschungen ist unter anderem, daß die fromme Legende nicht länger haltbar ist, die christliche Kirche stehe über einem antiken Heiligtum. Die Wirklichkeit ist viel prosaischer: Der Kölner Dom an der Nordwestecke der von einer Mauer umgebenen römischen Stadt gründet unter anderem auf Thermen und Getreidespeichern, ist also, wie man heute sagen würde, in einem alten Gewerbegebiet angesiedelt. Bis zu fünfzehn Meter unter dem Fußboden des Doms haben sich die Archäologen vorgearbeitet, haben bisher an die 200 000 Funde gemacht und eine Menge über die Vorläufer des weltweit bestaunten gotischen Gebäudes herausgefunden, die bei einem Gang durch die Unterwelt von sachkundigen Führern erläutert werden. — Unser Bild zeigt den (verwaisten) Arbeitsplatz tief unter dem Westwerk, denn die Wissenschaft muß Pause machen — die Finanzierung des Fortgangs der Arbeiten hängt derzeit in der Schwebe.